

— Zwanzigster Jahrgang. —

Nr. 31.**Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur**

für die Zeit vom 28. Juli bis 4. August 1911.

Posen, den 8. August 1911.

Aus den Blättern der Provinz Posen.Aus Nr. 8 des Poradnik dla spółek (Posen)
vom 1. August 1911:**Der Verbandstag****der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften
für Posen und Westpreußen**wird am 26., 27. und 28. September 1911 in Posen
stattfinden.Die geehrten Delegierten, Mitglieder und Freunde
der Genossenschaften ladet ergebenst ein
Posen, den 25. Juli 1911.Geistlicher Adamski,
Kurator.**Tagesordnung:**

I. Den 26. September, 7 Uhr abends:

1. Eröffnung des Verbandstages durch den Kurator.
2. Prüfung der Delegiertenvollmachten.
3. Wahl des Verhandlungsleiters, des Vertreters und zweier Schriftführer.
4. Festsetzung der Tagesordnung.
5. Bestimmung der Kommissionen:
 - a) zu Nr. 16 und 17 eröffnet der stellv. Kurator Dr. Rzepnikowski,
 - b) zu Nr. 11, 12, 19, 20 eröffnet Pfarrer Bolt,
 - c) zu Nr. 8 und 13 eröffnet Dr. Karasiewicz,
 - d) zu Nr. 10 und 15 eröffnet v. Dziewbowski,
 - e) zu Nr. 7, 9 und 14 eröffnet der Kurator.
6. Bericht des Kurators.

Es folgen die Arbeiten in den Kommissionen.

II. Den 27. September

hl. Messe auf das Gelingen des Verbandstages,
sodann um 9 Uhr früh

7. Bericht der Verbandsbank.
8. Die Kreditgenossenschaften und die im Grundstücks-
handel vermittelnden Agenten.
9. Die Genossenschaften und die Scheckbewegung.
10. Das Verhältnis der Polniks zu den Kunden,
welche Mitglieder sind, und zu den Nichtmitgliedern.
11. Die Genossenschaftskurse, die Versammlungen der
landschaftlichen Genossenschaften und der Polniks.
12. Das gegenseitige Verhältnis der in einer Ortschaft
bestehenden Genossenschaften.
13. Die eigenen Kapitalien und der Abschluß von
neuen Geschäften.
14. Die Genossenschaften und die Hypothekenregulierung.
15. Die Akkreditive in den Genossenschaften.
16. Die Aufgabe und der Bereich der offiziellen
Verbandsrevision.
17. Die Gründung neuer Genossenschaften.

III. Den 28. September, 9 Uhr früh:

18. Wahl eines Mitgliedes zum Kuratorium.
19. Vorlegung der Rechnungen der Verbandskasse und
Entlastung derselben.
20. Normierung der Beiträge zur Kuratoriumskasse.
21. Referate der Revisoren und Delegierten.

Rundschreiben des Diözesankomiteesdes Verbandes der polnisch-katholischen Arbeitervereine
an die Geistlichen der Diözesen Posen und Gnesen.

Posen, November 1907.

Geehrter Bruder!

In der Anlage übersenden wir ergebenst die vom
Verbande der Vereine polnisch-katholischer Arbeiter
herausgegebene Broschüre „Rundschreiben des
Papstes Leo XIII. in der Arbeiterfrage“
mit Vorwort und Erläuterungen des Geistlichen
Dr. J. Trzcinski.

Gleichzeitig fügen wir die herzliche und heiße Bitte
hinzu, für die Parochianen einen Verein polnisch-
katholischer Arbeiter zu gründen. Zu dieser Bitte
ermächtigt uns die Empfehlung dieser Hunderte von
Geistlichen, welche in der Diözese für das Wohl des
Arbeiterstandes mit Hilfe von Arbeitervereinen wirkend
sich überzeugt haben, daß sie durch die Arbeitervereine
eine vorzügliche Hilfe in der Seelsorge errungen, und
für die Hebung der Bildung und des materiellen Wohls
des Arbeiters viel beigetragen haben.

Die Geistlichkeit unserer Diözesen ist wegen ihrer
groß angelegten sozial-bürgerlichen Arbeit nicht ohne
Grund berühmt. Die Arbeit an der niedrigsten Schicht,
an den Allerärmsten, an denjenigen, die infolge ihrer
geistigen und materiellen Unzulänglichkeit an sich selbst
nicht arbeiten können; daher ist das in erster Linie
unsere Aufgabe, deren hoher Beruf uns dazu zwingt,
uns der Schwachen anzunehmen.

Die Notwendigkeit dieser Tätigkeit hat sehr deutlich
der folgende Beschluß der Kongregation der Dekane im
Jahre 1905 ausgedrückt:

„Die tatsächlichen Gebrechen im sozialen Dasein
des Arbeiterstandes, die diese Lage in einer über-
triebenen Weise für verkehrte Zwecke ausnützende
sozialistische Agitation, endlich das Fehlen einer all-
gemeinen Aufklärung und einer gesunden Anspannung
in sozialer Hinsicht in den Arbeiterschichten, die infolge-
dessen den ersten besten Einflüsterungen unterliegen,
legt den Seelsorgern in erster Linie die Pflicht auf,
sich auch außerhalb der kirchlichen Funktionen mit der
Lage des Volkes zu beschäftigen und entsprechende
Arbeiterorganisationen durchzuführen, entsprechend den

Wünschen des heiligen Vaters und der ehrwürdigsten Bischöfe.“

Der Gründung von Vereinen steht manchmal eine Reihe von Zweifeln entgegen, die jedoch bei näherer Betrachtung in ein Nichts zerfließen. Wir wollen hier einige dieser Zweifel anführen:

1. In meiner Parochie gibt es keine Arbeiter. — In der Reihe unserer Vereine haben wir solche, bei deren Gründung der Ortspfarrer einen ähnlichen Zweifel äußerte — und doch hat sich dann in der Versammlung eine ansehnliche Zahl Arbeiter zu Mitgliedern gemeldet. Es gibt Vereine in Parochien, die kaum 1000 Seelen zählen, ohne größere Güter, und doch übersteigt die Zahl der Vereinsmitglieder 100. In dieser Hinsicht hat manchmal der Seelsorger keine Gelegenheit sich gehörig zu überzeugen. Erscheinen zu der entsprechend bekannt gemachten Versammlung nicht mindestens 25 Arbeiter, so kann man alsdann sagen, daß in der Parochie keine Arbeiter vorhanden sind.

2. Ich bin mit Parochialarbeit zu sehr überlastet, ich kann für den Sonntag unmöglich noch eine Last auf mich nehmen. Diese von einem älteren, ohne Gehilfen arbeitenden Seelsorger gemachte Bemerkung ist zweifelsohne sehr richtig. Es ist unter solchen Verhältnissen nicht zu verwundern, wenn ein Verein nicht gegründet wird, obwohl wir auch hier die Verdienste vieler älterer Geistlichen, die trotz des vorgerückten Alters und der verzweigten Arbeit zum Vorbild der jungen Generation auch diese Last auf sich nahmen und einen Arbeiterverein gründeten, hervorheben müssen.

Wir heben jedoch hervor, daß die Satzungen unserer Vereine es gestatten, einen weltlichen Vizepatron zu wählen, der dann in Vertretung des geistlichen Patrons den Verein leiten kann. Auf diese Weise kann man sogar auch dort, wo der Seelsorger keine Zeit hat, die Versammlung zu besuchen, einen Verein gründen.

Setzt man sich mit dem Generalsekretär unseres Verbandes ins Einverständnis, so erleichtert das die Wahl eines entsprechenden Vizepatrons. Auch diese Schwierigkeit kann also beseitigt werden.

3. Ich habe kein Versammlungslokal, und ins Gasthaus will ich die Parochianen nicht führen. In zahlreichen Parochien entstanden in den letzten Jahren Parochialsäle; das ist eine heilsame und in der Parochie vielleicht beste Sache, sei es für den Kinderunterricht, sei es für Versammlungen Bruderschaften, des Lesevereins usw.

Doch die größere Zahl unserer Vereine hat kein eigenes Lokal. Sie mieten sich daher von einem Wirt für einen Tag im Monat eine große Stube, oder halten ihre Versammlungen im Wagenschuppen ab, den ein verständiger Arbeitgeber gern für diesen Zweck abgibt; andere Vereine versammeln sich in öffentlichen Lokalen. Wird dadurch der Trunksucht nicht Vorschub geleistet? — Nach den bisherigen Erfahrungen können wir ruhig antworten, daß dieses nicht der Fall ist — allerdings nur dort, wo der geistliche Patron oder der weltliche Vizepatron sich um den Verein ehrlich bekümmern. Geht nach der Versammlung der Patron nicht als erster sondern als letzter nach Hause, wartet er, bis alle das Lokal verlassen haben, und gewöhnt er die Leute daran, so wird alsdann die Gefahr vollständig schwinden oder so minimal werden, daß sie den Vorteilen, welche aus dem Verein fließen, das Gleichgewicht zu halten nicht imstande ist. Es muß zugegeben werden, daß für denjenigen, welcher sich betrinken will, es keine Hilfe gibt. Doch ein solcher Mensch wird der Trunksucht noch eher unterliegen, wenn in der Parochie kein Arbeiterverein existieren wird. Existiert ein Verein, so kontrollieren sich die

Mitglieder gegenseitig, und Scham und Furcht vor der Ausschließung halten so manchen vom Schnapsglas ab. Gründen wir also Vereine, bauen wir Parochialsäle doch fürchten wir das Gasthaus nicht, denn dasselbe wird die Mitglieder nicht verderben, wenn wir über sie wachen werden. Bezahlen wir dem Gastwirt für das Lokal, damit er von den Mitgliedern nicht verlangen kann, daß sie bei ihm etwas „draufgehen“ lassen.

4. Ich habe schon den Sonntag durch den Landwirtschaftlichen Verein und durch Bruderschaften belegt, ich kann daher nicht einige Sonntage im Monat noch dem Arbeiterverein opfern.

Die Versammlungen der Arbeitervereine finden in der Regel nur ein Mal im Monat statt. Sie dürfen auch nicht länger als zwei Stunden dauern. Der Arbeiter ist überwiegend Familienvater und er kann sich während der Woche seiner Familie nicht widmen. Daher darf man ihm über den Gottesdienst hinaus nicht die ganze freie Zeit rauben. Der landwirtschaftliche Verein hat im Monat nur eine Sitzung. Jedoch dort, wo die Sonntagsarbeit in der Tat den Geistlichen überlastet, bitten wir auf folgendes zu achten. Der landwirtschaftliche Verein besteht aus selbständigen Leuten, die Herr ihrer Zeit sind. Daher kann der Landwirt im Bedarfsfalle auch am Werktag die Versammlung besuchen.

Der Arbeiter kann über seine Zeit nicht frei verfügen, ihm bleibt nur der Sonntag frei. Und da er schwächer ist und von unserer Seite mehr Schutz und Hilfe nötig hat, so hat er an uns und unsere Zeit das erste Anrecht. Es gibt schon Kreise, wo die landwirtschaftlichen Vereine an Wochentagen ihre Versammlungen abhalten, der beste Beweis dafür, daß man auch so arbeiten kann.

5. Ich habe an der Arbeit unter Arbeitern keinen Gefallen. Unser Beruf verlangt Selbstverleugnung. Wievielmals tun wir aus Pflichtbewußtsein das, wozu wir keine Lust und Neigung verspüren? — Die Angelegenheit der Arbeitervereine gehört nach Entscheidungen der geistlichen Behörden mit zu dem Pflichtentreise der Geistlichen. Die Erfahrung lehrt, daß die Liebe zur Sache sich mit den ersten Früchten der Arbeit einstellt.

6. Ich bin über die Arbeiterangelegenheiten nicht informiert, ich kann den Arbeitern Rentensachen nicht erledigen, ich weiß nicht, worüber ich in den Versammlungen sprechen soll. Wenn wir einen anderen Verein gründen, so stellen wir uns vor die Mitglieder, die, obwohl sie selbst Arbeiter sind, dennoch die Arbeiterfrage in ihrer sozialwirtschaftlichen Bedeutung nicht kennen. Jeder gebildete Mensch hat über einen ungebildeten Menschen das Übergewicht der allgemeinen Bildung. Es würde auch gar nicht vorteilhaft sein, gleich von vornherein zur Besprechung der sogenannten Arbeiterangelegenheiten zu schreiten, denn dazu muß man die Mitglieder erst vorbereiten, indem man sie denken und überlegen lehrt. Dies geschieht auf der Grundlage von Vorträgen leichten und doch bildenden Inhalts. Später genügt es vollständig, wenn der Patron einige Artikel des „Robotnik“, der bei der Aufklärungsarbeit eine sehr nützliche Hilfe bedeutet, erklärt. In den ersten Jahrgängen des Robotnik befinden sich viele Artikel, welche sich zu Vorträgen eignen; die Zeitschrift „Kuch chrześcijański społeczn“, „Broschüren und populäre Vorträge“ liefern den Vortragenden fortwährend Stoff. Auf Verlangen wird der Generalsekretär Material nachweisen.

Was die Rentenangelegenheit anbetrifft, so wünschen wir keineswegs, daß sie von den geistlichen Patronen

bearbeitet wird. Es genügt, diese Sachen mit einer kurzen Erklärung unserem unentgeltlichen Bureau für Rechtshilfe in Posen (Adresse: Robotnik, Posen) zu übersenden.

7. Ich habe nicht so viel Zeit, um das Kassenbuch, das Mitgliederverzeichnis zu führen, Protokolle zu schreiben u. s. w. Ihr verlangt doch, daß alle diese Bücher in Ordnung sein sollen, und diese Last kann ich nicht auf mich nehmen.

Unser Verband sorgt nach Möglichkeit dafür, die Buchführung zu erleichtern, indem er bequeme Formulare druckt, die dann im „Robotnik“ erklärt werden. In den Delegiertenversammlungen wird dann die Art der Buchführung besprochen.

Wir wünschen es überhaupt nicht, daß der geistliche Patron die Bücher führen soll, denn diese Tätigkeit liegt dem zu diesem Zweck gewählten Vorstände ob. Am Anfang möge der geistliche Patron den Vorstand anweisen, wie Bücher geführt werden, und später mögen die Vorstandsmitglieder allein die Bücher führen. Der geistliche Patron möge sich auf häufige und genaue Revisionen beschränken. Wo der geistliche Patron dieses nicht tut, so macht er sich unnötigerweise Arbeit. Die kleine, anfängliche Mühe, die Vorstandsmitglieder das Buchführen zu lehren, trägt Lohn insofern, daß man später darin fast gar keine Arbeit hat. Im Vorstände haben wir Dorfvereine, wo die Mitglieder sogar ohne Hilfe des geistlichen Patrons die Bücher vorzüglich führen, obwohl sie nur einfache landwirtschaftliche Arbeiter sind.

8. Es ist noch nicht die richtige Zeit gekommen, Arbeitervereine zu gründen.

Wann wird die richtige Zeit denn eigentlich kommen? Welche Vorbereitungen sind hierfür, außer der Ankündigung von der Kanzel und der polizeilichen Anmeldung noch nötig?

Wollen wir denn bis zu dem Augenblick warten, wo das Verbot der Versammlungen gefällt wird? Wollen wir uns dem Vorwurf aussetzen, daß wir durch die Verzögerung die Gründung eines Vereins überhaupt unmöglich gemacht haben? Ein schon gegründeter Verein geht trotz der Erschwerung, Versammlungen abzuhalten, nicht verloren, denn der Robotnik ein Verbandsblatt, welches alle Mitglieder erhalten, wird sie vereinigen und vor allen Dingen den Verein halten. Um den Mitgliedern den Robotnik in die Hand zu geben, muß man beizeiten einen Verein gründen.

Wir wenden uns daher herzlich und mit der heißen Bitte an euch, geehrte Brüder Seelsorger, möglichst bald an die Gründung eines Vereins heranzutreten, auch wenn die Verhältnisse hierfür nicht günstig sein sollten. Achtet nicht darauf, ob man den Verein Sonntags oder Wochentags gründen soll. Es geht nur darum, den Verein und zwar in kürzester Zeit zu gründen. Der Generalsekretär wird alles erleichtern.

* * *

Dem dem Verbandsangehörigen Verein sichert das unterschriebene Diözesankomitee jeglichen Schutz zu. Die die Gründung betreffenden Informationen, Satzungen, Formulare kann man nach Verständigung vom unterzeichneten Generalsekretär erlangen. Die Gründung eines Vereins verursacht keine Schwierigkeiten. Bei der Gründung selbst wird der Generalsekretär oder ein Mitglied des Diözesankomitees, welches nach der förmlichen Eröffnung die Gründung erledigte, behilflich sein. Von der Absicht einer Vereinsgründung bitten wir den Generalsekretär rechtzeitig zu benachrichtigen.

Geehrter Bruder! Um die Mißverständnisse und Schwierigkeiten, welche in den Weg treten, zu beseitigen, müßte man sie berühren und aufklären. Daraus konnte der Eindruck entstehen, daß wir den geehrten Konfratres gegenüber einen belehrenden Ton angesprochen hätten. Wir haben diese Absicht nicht. Uns hat einzig und allein der ehrliche Wille geleitet, der Sache, die wir als gut und für überaus wichtig halten, zu dienen. Wir bitten auch, in diesem Sinne den Brief zu lesen, den wir allen Konfratres, sowohl denen, die schon an der Spitze eines Vereins stehen oder die Absicht hegen, einen Verein zu gründen, als auch denjenigen, denen andere Beschäftigungen bisher keine Zeit gelassen haben, auf diesem Gebiete zu arbeiten, gesandt haben.

Mit Hochachtung

Das Diözesankomitee des Verbandes der katholischen Vereine der polnischen Arbeiter.

Geistlicher A. Stychel,	Geistlicher St. Adamski,
Vorsitzender.	Generalsekretär.
Geistlicher Wawrzyniak.	Geistlicher Laubitz.
Geistlicher Kolasinski.	Geistlicher Mayer.
Geistlicher Niesiolowski.	Geistlicher Eichowski.
Geistlicher Dettloff.	

Bemerkung: Die Adresse des Generalsekretärs lautet: Geistlicher St. Adamski, Posen, St. Martinstraße 69.

Aus Nr. 170 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 28. Juli 1911:

**Bei der Exportation der Leiche des Herrn
v. Koscielski**

hat der Kammerherr Dr. v. Komierowski am Sarge eine Ansprache an die Trauerverammlung gehalten, in welcher er sich u. a. wie folgt äußerte:

... Angesichts des schrecklichen Druckes, den uns in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts der sogenannte Kulturkampf gebracht hatte, schien unser damaliges politisches Programm unzulänglich zu sein, da es ausschließlich auf den Protest gegen die uns unaufhörlich zugefügten Unbilden gestützt war, und unsere Volksgemeinschaft begann von unserer Repräsentation in den Berliner gesetzgebenden Körperschaften positive Arbeit zu fordern.

Diese Forderung der Volksgemeinschaft fand bei dem heimgegangenen Josef v. Koscielski volle Anerkennung und Unterstützung, wobei er sich nicht darauf beschränkte, mit dem Rest der Abgeordneten im Reichstage die Arbeiten zu erledigen.

Es bestand jedoch in der Heimat ein Unterschied in den Ansichten bezüglich der Ersprießlichkeit dieser Taktik, und die Lage wurde durch die Apathie erschwert, welche einen bedeutenden Teil der Volksgemeinschaft ergriffen hatte infolge der moralischen und materiellen Niederlagen, die in der Periode von 1881 bis 1889 auf uns herabfielen und sich empfindlich an unserer ganzen Lage geltend machten.

Gleichzeitig begann in der deutschen Volksgemeinschaft infolge der glänzenden Siege des Jahres 1870 das Gefühl der Kraft und zugleich der gegen die nationalen Minderheiten gerichtete Verfolgungsgeist zu erwachen. Er fand den schlagendsten Ausdruck in dem parlamentarischen Auftreten des damaligen Leiters der deutschen Politik, des Fürsten Bismarck, worin sich ein Mangel an jedem Verständnis für unsere nationale Sonderstellung bemerkbar machte.

Zwar ging damals die Periode des eigentlichen Kulturkampfes zu Ende; dagegen inaugurierte Fürst Bismarck im Jahre 1886 eine neue Ära antipolnischer

Gesetze. Und es fiel auf uns eine ganze Reihe uns feindlicher Gesetze, Regierungs- und Polizeiverfügungen, welche an die Zeiten von Grolman, Flottwell und Bärensprung erinnerten.

Die Lage erhielt eine gewisse Änderung nach dem Tode Wilhelm I. und dem tragischen Ende des Kaisers Friedrich, mit welchem unsere Volksgemeinschaft Mitgefühl hatte. Vom Throne her antwortete man uns mit einem gewissen Wohlwollen, wofür die Reise der Kaiserin Viktoria nach Posen während der großen Überschwemmung ein Beweis war. In dieser Situation beschloß Josef v. Koscielski, welcher überall und immer die Rechte der Menschheit als solcher verteidigte, alle Kräfte anzustrengen, um seiner Volksgemeinschaft etwas belebendes Licht und Wärme zu sichern.

Naturgemäß kann ich in dem schmerzlichen Moment der letzten Verabschiedung nicht ein Gesamtbild der Bestrebungen und des damaligen öffentlichen Auftretens Josefs v. Koscielski zeichnen. Ich werde mich darauf beschränken, festzustellen, daß er alle Kräfte seines ungewöhnlichen Geistes angestrengt hat, um bei der richtigen Instanz die so erwünschten Erleichterungen für unsere Nation zu gewinnen und gleichzeitig das im Jahre 1886 von Bismarck inaugurierte Verfolgungssystem zu beseitigen.

Leider sind diese Bestrebungen nicht durch den entsprechenden Erfolg gekrönt gewesen. Es erwies sich, daß dieser mit Schwierigkeiten gepickte Weg nicht zu dem erwünschten Ziele führte. Intrigen und Verleumdungen der Hofdamen setzten alles daran, den Mann in den Abgrund zu stoßen, welcher es wagte, auf diesem Wege die Rechte seiner Nation zu fordern.

Ja, noch schlimmer, in der eigenen Volksgemeinschaft sogar würdigte man die großen Verdienste des jüngst Verstorbenen nicht, und man legte taktischen Irrtümern, die auf keinen Fall zu vermeiden waren, allzugroßes Gewicht bei.

Selbst heute, wo sich der Sargdeckel über Josef Koscielski geschlossen hat, sucht Verleumdung sein Andenken zu beschimpfen und unsere Bestrebungen zu schänden. Verleumderisch wird gesagt, Koscielski habe seine parlamentarischen Bestrebungen zu nichts gemacht durch den auf der Lemberger Ausstellung ausgebrachten Trinkspruch.

Ich lasse den Umstand außer betracht, daß der Verstorbene selbst gegen den ihm von Verleumdern untergeschobenen Wortlaut jenes Trinkspruchs wiederholt protestiert hat. Es muß jedoch die Tatsache festgestellt werden, daß der Verstorbene den Trinkspruch in Lemberg ausgebracht hat, als er garnicht mehr Abgeordneter war. Er hatte sein Abgeordnetenmandat im März 1894 mit der Erklärung niedergelegt, daß er dies tue, da er sehe, wie seine Bestrebungen nicht zum Ziele führten. Sechs Monate nach Niederlegung des Mandats, d. i. am 17. September 1894, fährt er bereits als Privatperson nach Lemberg. Schon vorher, nämlich am 4. und 8. September 1894, hatte der Kaisertrinkspruch in Königsberg und Marienburg deutlich eine Änderung der Gesinnung uns gegenüber, und zwar zu unseren Ungunsten bemerkbar gemacht, und am 16. September 1894 fand eine Versammlung bei Bismarck auf dem Lande statt, wo dieser in breiterem Maße den Bund der heutigen Hatzisten und zugleich die Fortsetzung der antipolnischen Gesetze ins Leben rief und als sein Lebensideal dem ganzen deutschen Publikum empfahl. Wie unverschämte ist also die Legende, welche den angeblichen Trinkspruch des Abgeordneten Koscielski vom 17. September 1894 ausbeuten und als Ursache der parlamentarischen Mißerfolge und der weiteren Niederlagen angeben will, da doch Koscielski damals bereits ein halbes Jahr lang nicht mehr Abgeordneter war und diesen an-

geblichen Trinkspruch nach den kaiserlichen Trinksprüchen und nach der Bismarckfahrt der Hatzisten ausgebracht hatte!

Das ist eines der krassten Beispiele der Verleumdungen, welche den Verstorbenen des ehrlichen Sinnes bar machen und für unsere Volksgemeinschaft Verwirrung, Mißverständnisse und ungerechte Anschuldigungen vermehren wollen. Als Josef v. Koscielski seine Bestrebungen zunichte gemacht sah, wandte er sich der intensiven Arbeit in der Heimat zu. Er war die Seele, der Initiator und der Förderer der verschiedensten zahlreichen Vereine zwecks Schaffung einer harmonischen, gemeinsamen und solidarischen Arbeit zur Verteidigung und zum Schutze unserer geistigen und materiellen Angelegenheiten. Es ist hier nicht der Moment zur näheren Erörterung dieses reichhaltigen Materials; denn diese grundsätzlichen Punkte gehören zu dem Programm, welches in der Fortsetzung unserer Geschichte alle Männer als Führer der Nation solange ausführen werden, als diese unsere Nation solche besitzen wird, und sie wird solche besitzen, denn sie wird leben . . .

Aus Nr. 170 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 18. Juli 1911:

Ein Kreis näherer Freunde des verstorbenen Josef v. Koscielski hat es unternommen, sein Leben zu schildern. Diese Monographie wird erst genau die politische Tätigkeit des Verstorbenen aufklären, die infolge Mangels an Informationen über die wichtigen Augenblicke der von ihm vor 10 Jahren durchgeführten hervorragenden Aktion bisher nicht hinreichend gewürdigt worden ist. Die Monographie wird nach einigen Wochen im Dziennik erscheinen.

Aus Nr. 171 der Kurjer Poznański (Posen)
vom 29. Juli 1911:

Szczytniki im Kreise Schrimm bedroht!

Wie wir aus absolut authentischer Quelle erfahren, bemüht sich der Agent Drwestki aus Posen (Wilhelmplatz 15) um den Kauf von Szczytniki, um es dann der Ansiedlungskommission abzutreten. Die Ansiedlungskommission will ihm jedoch nicht direkt den höchsten Preis zubilligen, sie rät ihm dagegen, sich in dieser Sache zwecks Vermittelung an den bekannten Kronheim zu wenden.

Die ganze Mitteilung stammt — wir wiederholen es — aus durchaus authentischer Quelle; angesichts dessen mahnen wir den gegenwärtigen Besitzer, Herrn Peter Fryder, alle Mittel der Vorsicht zu beobachten und sich nicht hintergehen zu lassen.

Aus Nr. 172 des Postep (Posen)
vom 30. Juli 1911:

Korrespondenz.

Grätz, im Juli.

„Der Landsmann zum Landsmanne,“ das ist die Parole eines jeden Polen. „Der Landsmann zum Landsmann!“ Dieser Satz täglich in den Zeitungen erscheinende Aufruf bildet für einige Herren eine Erscheinung des Mißverstehens in ihren krasen Anschauungen und nationalen Grundsätzen.

Gerade die Herren mit größerem Selbstbewußtsein, welche in Banken, Repräsentationen, Stadtverordneten-

parlamenten Aemter bekleiden und vielleicht sogar Mitglieder der „Strasch“ sind, besitzen für diese Parole kein Verständnis.

Den rechten Weg verlassen gerade diejenigen Herren, die, wenn es um eine polnische Versammlung oder um Eröffnung dieser Versammlung geht, als pathetische Redner auftreten, die patriotische Parolen verkünden und zum Schluß rufen: Brüder! denkt daran: „Jeder zu den Seinen!“

Der Gebrauch dieser Worte und die Nichtverwandlung derselben in die Tat erscheint als leerer Strohbruch, der keinerlei Nutzen bringt.

Ein solcher Fall passierte in der Vorbereitungszeit zum Sängerevent in Grätz, wo man vorher die Vereinsfahne von einer deutschen Firma bezogen hat. Die Affichen, Reklamen, Programme und Legitimationen hat eine deutsche Druckerei angefertigt. Sowohl die Fahne als auch die Druckfachen hätte man auch bei den Seinen anfertigen lassen können. — Besonders die polnischen Drucker können die fremde Konkurrenz wohl aushalten.

Die größte Schuld trifft hier den gewählten Vorstand, denn die Mitglieder haben sich in den Versammlungen genug dagegen gewehrt.

Wenn es um die Propaganda, um Empfehlung der Vereine, Ausbreitung der Lehre, um Verteidigung, um den polnischen Gesang geht, so veröffentlicht diese Sachen die polnische Druckerei (polnische Redaktion) mit dem größten Vergnügen und umsonst. Und was geben wir ihr unsererseits? Undankbarkeit — denn wir zeigen uns den Unserigen gegenüber nicht erkenntlich.

Hat denn der Gesangverein gemeint, daß er durch Bestellung der Druckfachen bei Fremden eine größere politische Freiheit erreichen werde? Dieses hat sich doch in dem großartigen Umzug nach der Kirche gezeigt, wo jeder Verein für sich nur ohne Musikbegleitung marschieren mußte. So lautete nämlich die polizeiliche Verordnung. Und der Hauptumzug durfte erst um 2 Uhr nachmittags stattfinden, damit vorher die Landwehr unbeengt marschieren konnte.

Einen solchen Erfolg der Freiheit hat der polnische Gesangverein durch das Abgeben von polnischen Druckfachen an Fremde erreicht.

Wie kann man hier das Böse mit dem Guten vereinigen, als der polnische Gesangverein in Grätz das Lied von der Hoffnung sang? Mit dem größten Vergnügen hörte man sich die Melodie des Liedes an, was aber die Tendenz des Textes anbetrifft, so rate ich sowohl dem Dirigenten als auch den Sängern, sich den Text noch mehrere Male durchzulesen und daraus die Lehre zu ziehen, die überschrift selbst verlangt es, daß in Zukunft alle Bedürfnisse, an Druckschriften usw. bei Landsleuten zu befriedigen sind. Es muß daran gedacht werden, daß die Mißgunst für den Landmann der größte Verstoß gegen die süßen drei Worte „Der Landmann zum Landmann“ ist. Eine solche nationale Sünde beschwert das Gewissen des Polen und stellt ihn auf die zweite Stelle, gleich hinter die Verschächerer des väterlichen Bodens.

Ein Sänger.

Aus Nr. 172 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 30. Juli 1911:

Ein Komödiant!

Der Abgeordnete Kulerski hat dem Herausgeber unserer Zeitung vor dem Gericht in Bromberg den Prozeß gemacht. Veranlassung hierzu gab ihm die Erklärung des Herrn Teska, daß er nicht so tief sinken

wolle, wie Herr Kulerski. Der Termin sollte am Freitag vor dem Schöffengericht in Bromberg stattfinden. Im letzten Augenblick zog indessen Herr Kulerski die Klage zurück, weil der Dziennik Bydgoski unlängst erklärt hatte, daß Herr Teska vor Gericht nicht Sachen breittreten würde, die ein abscheuliches Licht auf einen polnischen Abgeordneten und Redakteur werfen müßten. Er fügte gleichzeitig hinzu, daß man derartige Sachen vor dem Bürgergericht erledige. Schade, daß Herr Kulerski dies nicht begreifen konnte.

In der Gazeta Grudziödzka und im versöhnungs-
parteilichen Dziennik Poznański (natürlich!) lesen wir, daß Herr Kulerski an ein Ehrengericht nicht denkt, und daß er seine Klage vor dem preussischen Gericht zurückgezogen hat, um einem polnischen Redakteur nicht Kosten zu verursachen. Zugleich schildert er die Sache so, als ob Herr Teska keine Beweise dafür liefern könnte, daß sich Herr Kulerski häufig auf eine Art benommen hat, zu der sich nicht jeder aufraffen würde. Wir wundern uns nicht über eine derartige Schilderung der Sachlage seitens des Herrn Kulerski. Augenscheinlich glaubt er, daß er durch eine neue Komödie den Leuten Sand in die Augen streuen wird. Vielleicht wird er sich jetzt noch einige Kränze kaufen und sie sich feierlich überreichen lassen, damit die Nation sieht, wie ihn das Volk liebt und seine Leiden mitempfindet. Hieran wäre nichts Merkwürdiges, denn schon häufig hat man ihm für sein eigenes Geld gekaufte Kränze überreicht, und es sind von ihm bezahlte Deputationen bei ihm erschienen.

Vielleicht wünscht Herr Kulerski, daß wir ihm Zeugen für diesen Unfug angeben? Wir werden ihm gern zu Diensten sein.

Bei dieser Gelegenheit greift die Gazeta Grudziödzka unsern Verleger auf ihre Art an, aber wir werden ihr nicht antworten. Mag sie ihn anbellern, wie jener Hund den Mond. Und daß der Dziennik Poznański ihr sekundiert, darüber wundern wir uns garnicht, denn Herr Kulerski ist seit der berüchtigten Finanzreform bei ihm und bei den Versöhnungsparteilern jeder Art in Gnaden aufgenommen worden. In Erstaunen versetzt es uns nur, daß der Dziennik Poznański über das Zurücknehmen der Klage früher informiert gewesen ist als wir. Augenscheinlich hat Kulerski selbst an ihn geschrieben oder seine Rechtsanwälte (Laszewski und Grabarz). Ähnlich verhielt sich die Sache mit dem Prozeß des Lech, über welchen an die Zeitungen skandalös parteiische Berichte geschickt worden sind.

Herr Kulerski ist also ein großer Mann, denn er strengt Prozesse an, nimmt sie zurück und zahlt die Kosten. So handelt das Väterchen; was wird aber erst sein, wenn das Söhnchen herangewachsen sein wird, das schon jetzt vom Väterchen den Leuten gezeigt wird?

Aus Nr. 173 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 1. August 1911:

Crone a. d. Br.

Die Mittelstandsklasse entfaltet in unserer Gegend überall ihre „gesegnete Tätigkeit“. Die Agenten bereisen zu Wagen die Dörfer, gewähren in ihrer Großmut den Geld brauchenden Leuten hypothekarische Darlehen und binden ihnen ein für allemal die Hände. Und unsere Genossenschaften schlafen leider.

Aus Nr. 14 der Sila (Posen)
vom 25. Juli 1911:

Unter der Überschrift

„Die Polnische Berufsvereinigung und die Polizei“

schreibt die Sila folgendes:

Eine häßliche Denunzation unserer Organisation hat sich unlängst das Organ des christlichen Verbandes Zwionzkowicz zu schulden kommen lassen. Das Blatt schreibt in der Nummer 27 vom 8. Juli wörtlich:

Auch heute noch entfaltet trotz der vielen traurigen Erfahrungen, die Polnische Berufsvereinigung keine andere Agitation, als alle anderen polnischen politischen Organisationen, besonders durch Aufschung der nationalen Gegensätze und durch fortwährende Betonung des Polentums. Der Arbeiter soll der Berufsvereinigung nicht als Arbeiter, sondern nur als Pole angehören. Ferner ist der gegenüber den polnischen Mitgliedern anderer Organisationen geübte Terrorismus, ihre Streichung aus den polnischen Arbeitervereinen und ihre Brandmarkung mit dem Namen Verräter ein weiterer Beweis des politischen Charakters der polnischen Berufsvereinigung. Diesen Terrorismus verbreitet doch die Berufsvereinigung offiziell in ihren Verbandsblättern. Auch die Übersendung von Petitionen an die polnische Fraktion statt an den Reichstag beweist, daß die Berufsvereinigung sich als eine politische Organisation betrachtet, denn die polnische Fraktion ist im Bereiche des Deutschen Reichs ebenso eine politische Partei wie alle anderen. Wenn sich also die Berufsvereinigung an eine Partei und nicht an den Reichstag wendet, so beweist sie selber, daß sie sich als eine außerhalb der Partei stehende politische Organisation betrachtet. Vielleicht wendet sich die Berufsvereinigung nur deshalb an die polnische Fraktion, damit sie sich mit ihren Weisheiten nicht vor dem ganzen Reichstag kompromittiert, während die Fraktion ungeeignete Sachen distret in den Papierkorb wirft; aber nach außen erweckt die Vereinigung von sich eine Meinung, daß sie eine politische Organisation ist.

Dazu wäre ein Kommentar überflüssig, denn das Blatt Zwionzkowicz leistet, wie aus dem obigen hervorgeht, der Polizei eifrig Dienste. Man könnte den Redakteur des Zwionzkowicz an die Worte erinnern: „Alles, was seine Sache gut gemacht!“

Wir sehen also, daß wir nicht nur mit der Polizei hinsichtlich des Charakters unserer Berufsvereinigung Umstände haben, sondern auch mit dem christlichen Verbands- und, was noch schlimmer ist, gerade mit seinen polnischen Mitgliedern. Der Zwionzkowicz wundert sich, daß wir den polnischen Charakter der Vereinigung betonen, wenn wir sehen, daß man diesen Charakter in den christlichen Verbänden nicht wahr, sondern ihn vielmehr untergräbt. Uns tun nur die polnischen Arbeiter leid, welche in ihrer Verblendung nicht sehen, daß ihre eigene Empfindungen verhöhnt werden. Der Mensch lebt nicht allein vom Brot, er muß auch Ideale besitzen, um ein Mensch zu sein. Wenn man dem Arbeiter nur über seinen Magen predigen und an seine geistige Hebung nicht denken würde, so würden in diesem Falle die christlichen Verbände am wenigsten Daseinsrecht haben.

Dieser offene Verrat des polnischen Arbeiters, den der Zwionzkowicz übt, veranlaßt uns nur zu einem weit energischeren Kampf gegen einen solchen Verband, welcher die Gefühle des Arbeiters nicht berücksichtigen will oder nicht kann, denn es ist ein schlechter Vogel, der sein eigenes Nest beschmutzt.

Aus Nr. 15 des Sokół (Posen)
vom 1. August 1911:

Einen „Die Sache der physischen Erziehung im preußischen Gebietssteil“ betitelten Artikel des Verbandsorgans der Sokółvereine schließt der Verfasser (Dr. Thaddäus Schulz) wie folgt:

.... Der Sokół, welcher fast alle zielbewußte praktische Arbeit an der positiven physischen Erziehung der Volksgemeinschaft in sich konzentrierte, hat bekanntlich verschiedenes durchgemacht. Die Tatsache, daß die Behörden ihn für einen politischen Verein erklärten, war für ihn kein geringer Schlag. In der Absicht, den Charakter des Sokóls als eines politischen Vereins auszunutzen, erweiterte bekanntlich die Verbandsdelegiertenversammlung durch Beschluß vom 26. März 1911 das Tätigkeitsgebiet. Man begann, im Sinne des neuen Programms den nationalen Geist zu wecken. Diese Reaktion auf das Verhalten der Polizei war mehr als zur Genüge begreiflich. Man erweiterte das Tätigkeitsgebiet, was theoretisch einen großen Vorteil darstellte, aber gleichzeitig zertrümmerte man die Einheitlichkeit der leitenden Idee und man drängte das Interesse der an und für sich nach dieser Richtung hin bereits gleichgültigen Volksgemeinschaft für die physische Seite an den zweiten Platz. Indessen sollte der Sokół als die einzige derartige Einrichtung im preußischen Gebietssteil und im Emigrantentum seiner ursprünglichen und einzigen Idee ungeteilt treu bleiben.

Weshalb hat man es für angebracht erachtet, das Programm zu ändern, als der Sokół zum politischen Verein erklärt war? Hat etwa sein neuer Charakter auch nur im mindesten an dem ergiebigsten Arbeiten an der physischen Erziehung gehindert? Durchaus nicht. Wäre es nicht ein ganz falscher Schritt, wollte man die polnischen Berufsverbände von den wirtschaftlich-beruflichen Bahnen abdrängen, weil die Polizei, wozu sie bereits Neigung bekundet, diese Verbände zu politischen Vereinen erklärt? Das würde heut niemand vorschlagen, und dennoch hat man im Sokół, einem Verein mit so deutlich sich markierenden Zielen, seiner Zeit auf diese ein wenig kurzfristige Weise die Ausgeprägtheit dieser Ziele verwischt. Überhaupt besitzen wir in unserer Volksgemeinschaft ganze Reihen von Vereinen mit verwandten oder gleichen Zielen, manchmal fragen wir, wozu sie bestehen. Einem großen Teil desselben fehlt es an Spezialisierung; um so weniger sollte somit der Sokół sein deutliches Antlitz einbüßen.

Ob die formelle Zurückziehung des Beschlusses betreffend die Erweiterung des Tätigkeitsgebiets heut glücklich wäre, das müßte man sich natürlich ernst überlegen. Jedenfalls gilt es, im Interesse des Sokóls und — trotz gegenteiliger Scheingründe — auch der ganzen Volksgemeinschaft den Beschluß der Delegiertenversammlung vom 26. 3. 1904 in der Praxis als nicht bestehend anzusehen. Erst dann wird man alle Kräfte des Sokóls nach einer einzigen Richtung hin konzentrieren und mit vollen Segeln und voll Hoffnung im Herzen dem eigentlichen Ziele zusteuern können, Caveant Consules!

Aus Nr. 170 des Kraj (Graudenz)
vom 27. Juli 1911:

Aus Koryta, Kr. Krotoschin,

wird uns mitgeteilt, daß seit einem Jahre in der dortigen Pfarodie ein **Volkverein** (towarzystwo ludowe) unter dem Schutze des St. Nikolaus besteht. Es hat genug Mühe und Sorge gekostet, um bei den von der Polizei gemachten Schwierigkeiten den Verein

zu erhalten. Die Sache ist aber überstanden, und zur Heranziehung recht vieler Mitglieder ist eine Standarte mit dem Bildnis des hl. Nikolaus angeschafft worden, die in der Anstalt des Herrn Eichstädt in Posen angefertigt ist. Es stellte sich auch das Bedürfnis nach einem Versammlungslokal heraus. Zu diesem Zweck beabsichtigt der Verein einen bescheidenen Versammlungssaal zu erbauen, doch es fehlt an den erforderlichen Mitteln. Deshalb ist der Verein darauf angewiesen, aus den von den Landsleuten in der Heimat und aus der Fremde, sowie von Brudervereinen, besonders aus Westpreußen übersandten Gaben einen entsprechenden Fonds zu sammeln. Vorsitzender des Volksvereins in Koryta ist Herr Turowski, Kassierer Herr Johann Maniat in Wigota, Kr. Krotoschin. Die Adresse des Vorsitzenden ist: Turowski-Koryta bei Karmin, Kreis Krotoschin.

Aus Ost- und Westpreußen.

Aus Nr. 174 des Kraj (Graudenz)
vom 1. August 1911:

Auf einen neuen

hakatistischen Einfall

ist ein Richter (!) gekommen, der offenbar sehr viel freie Zeit haben muß, und anstatt sie zum Nachdenken über die Pflichten seines Standes zu verwenden, zu denen in erster Linie Gerechtigkeit und Unparteilichkeit gegenüber allen gehören, ergeht er sich in hakatistischem Grimm. Den patriotischen Geist des Herrn Richters reizen die polnischen Firmenaufschriften, besonders die Namen der polnischen Genossenschaften, wie „Bank Kaszubski“, „Spółka budowlana w Gdansk“ usw. Er ergeht sich in den Spalten der „Deutschen Juristenzeitung“ darüber, wie man — selbstverständlich ganz rechtmäßig — die polnischen Firmen kassieren könnte. Das Gesetz schweigt sich darüber aus — oder verbietet wenigstens nicht bei Firmenaufschriften die polnische Sprache. Aber unser Herr Richter hat hervorragende Grundsätze, und besonders hat er den Grundsatz, daß sich der Richter im „Rahmen des Gesetzes von national-politischen Beweggründen leiten lassen könne, oder daß überall da, wo das Gesetz keine ausdrückliche Vorschrift enthält, nach dem — hakatistischen Gesetz entschieden werden müsse.

Aus Nr. 174 des Kraj (Graudenz)
vom 1. August 1911:

Unser Korrespondent aus **Straßburg** beklagt sich über die große Gleichgültigkeit bei unseren Landsleuten in religiösen und nationalen Sachen. Obwohl die Eltern polnisch sind, sprechen sie zu Hause mit ihren Kindern häufig deutsch. Anstatt polnische Zeitungen halten sie deutsche. Es ist daher kein Wunder, daß die Kinder zum Teil schon verdeutsch sind und sie zur Beichte und Kommunion nicht in polnischer, sondern in deutscher Sprache vorbereitet werden. Allen Vorstellungen gegenüber, ihre Kinder Polnisch zu lehren und sie in die polnische Abteilung für den Vorbereitungsunterricht zu den hl. Sakramenten zu schicken, bleiben die polnischen Eltern taub. Man kann sie auch nicht bewegen, ein polnisches Blatt zu bestellen. Über die polnischen Eltern in deutschen Gegenden kann man sich nicht so sehr wundern, was soll man aber von den Eltern in polnischen Gegenden sagen, die sich ohne zwingenden Grund verdeutschten?

Es ist schrecklich, wenn man daran denkt, wie wenig manche polnischen Eltern ihre Pflichten kennen, und wie sie alle Ermahnungen der Priester, der polnisch-katholischen Blätter, sowie anderer eifriger und aufgeklärter Landsleute gering schätzen. Es wäre Zeit, wenn sie ihren Irrtum einsehen und sich mehr um die religiöse sowie nationale Erziehung ihrer Kinder kümmern, und die deutschen Blätter, welche in den polnischen Häusern Gift säen, in den Ofen werfen würden. Wer das nicht tut, der stellt sich in Widerspruch zu dem Willen des hl. Vaters, der katholische, für einen Polen natürlich polnische Zeitungen empfiehlt und das Lesen von Blättern, die unserem hl. Glauben und unserer Muttersprache feindlich gesinnt sind, verbietet. Der Herrgott hat uns die schöne polnische Sprache nicht dazu gegeben, daß wir sie verachten und uns eine fremde Sprache aneignen sollen. Darum rufen wir noch einmal mit lauter Stimme: Polnische Eltern, kehret um von dem falschen Wege, auf dem ihr euch gegenwärtig befindet und beschreitet den rechten Weg!

Aus Nr. 91 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 1. August 1911:

Bruch.

In unserer Pfarochie Bruch herrscht eine ungeheure Entrüstung und zwar aus folgendem Grunde:

Am Mittwoch fand das Begräbnis unseres früheren Propstes Wiber statt, der über 25 Jahre dies Amt verwaltet und es infolge schwerer Krankheit niedergelegt hat. Kurz vor seinem Tode hat er u. a. ausdrücklich angeordnet, daß bei seinem Begräbnis nur zwei Reden gehalten werden sollen, und zwar die eine in der Kirche und die andere am Grabe; er hat ausdrücklich erwähnt, daß die Reden und Gebete nur in polnischer Sprache gehalten werden sollen, als Redner in der Kirche hatte er den Propst Szydzik aus Mielle und als Redner am Grabe den Propst Dmankowski aus Parchowo bestimmt. Diese Anordnung des Verstorbenen war unter den Parochianen allgemein bekannt. Deshalb war auch die Verwunderung sehr groß, als am Grabe der Herr Dekan Boenig aus Konitz sich zu Anfang in deutscher Sprache „an die Parochianen“ wandte. Nach dem Herrn Dekan hielt erst Propst Dmankowski seine Rede, indem er bemerkte, daß er im Auftrage der Familie des Verstorbenen zu den Parochianen spreche. Zum Überflusse sprach der Herr Dekan Wagner aus Tuchel, der an der Spitze von 25 Geistlichen den Leichenzug führte, zum Schluß ein deutsches Gebet; nur einige Geistliche sprachen ihm nach, und von den Parochianen nur der Kirchendiener Wyrowinski, ein Pole.

Dieser Vorgang hat unter den Teilnehmern der Begräbnisfeier eine große Erbitterung hervorgerufen, denn sie erblickten darin eine Vergewaltigung des Willens des Verstorbenen, den unser Volk für heilig hält. Die Brusser Parochianen haben deshalb einen tiefen Groll gegen ihren Propst Klinka, denn sie nehmen es ihm übel, daß er eine derartige Vergewaltigung des Willens des Verstorbenen in seiner Pfarochie geduldet hat.

Aus Nr. 87 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 22. Juli 1911:

Das „bedrückte“ Deutschtum in der Kaschubei.

Die hakatistischen Zeitungen schreiben fast in jeder Nummer, daß das Deutschtum in der Kaschubei von

der hiesigen Bevölkerung bedrückt zu werden pflegt, und sie fordern aus diesem Grunde die Regierung auf, sie gegen uns zu unterstützen. Es ist heute leider so weit gekommen, daß man den Patriotismus der einzelnen Zeitungen in Deutschland nach dem Umfange ihres Geschreis bewertet, d. h. daß jenes Blatt am patriotischsten ist, das sein Maul bis an die Ohren aufreißt. Dagegen wird ein verständiger Deutscher, wenn er Worte des Verstandes spricht, kein Gehör finden, wenn er auch noch so überzeugend reden würde. Wie eine Schar wütender Raben fallen die Haktisten über ihn her, sprechen ihm Ehre und Glauben ab und schreien ihn als einen Feind des eigenen Vaterlandes aus. Dies hat auch unlängst einen preussischen Minister betroffen, als er seiner Überzeugung Ausdruck gab, daß die gegenwärtige antipolnische Politik dem preussischen Staate keine Vorteile sondern Schaden bringe.

Wie nun aber das „bedrückte“ Deutschtum bei uns in der Kaschubei aussieht, dafür möge als Beispiel nachstehender Fall dienen, der sich in den ersten Tagen dieses Monats in Mehan-Ausbau, Kreis Puzig, ereignet hat. In diesem rein polnischen Dörfchen verheiratete sich ein deutscher Gärtner mit einer lutherischen Deutschen. Trauzeugen waren sowohl bei der Ziviltrauung, als auch später im protestantischen Gotteshause ortsangesehene polnische Bürger, die auch ihre Pferde und Wagen hergaben. Zum Überflusse fand die Hochzeitsfeier im Hause des größten Besitzers in jenem Dorfe, eines Polen, statt.

Wie kann hier also die Rede von einer Bedrückung der Deutschen sein. Sicherlich hat man sich bei dieser Gelegenheit gegenseitig umarmt und ist zusammen vergnügt gewesen.

Aber nicht genug damit! Jener deutsche Gärtner hatte sich vorher hier angekauft, und die hierzu erforderlichen Gelder hatte er auf Bürgschaft eines hiesigen Polen von einer polnischen Bank erhalten. Also auch unsere Banken, die den Haktisten ein Dorn im Auge sind, die sie am liebsten vernichten und nach Möglichkeit ihr Vermögen an sich reißen möchten, helfen den Deutschen häufig in ihrem Elend. Hinzufügen muß man noch, daß der Vorbesitzer jenes Grundstücks sich ausbedungen hatte, daß jener Gärtner, falls er das Grundstück an einen Polen verkaufen würde, an die protestantische Kirche eine Konventionalstrafe von 300 Mark zahlen muß. Es ist dies ein klarer Beweis dafür, daß nicht wir die Deutschen bedrücken, sondern daß sie dies tun, wo sie nur irgend können. So geschieht es überall, was auch jeder nur einigermaßen ehrliche Deutsche zugeben wird.

Die Haktisten wollen dies natürlich nicht zugeben, denn sie wissen sehr gut, daß nur ihr Geschrei, verbunden mit schamlosen Lügen, ihr Fundament bildet, und daß sie ohne dieses bald dorthin kommen würden, wo der Pfeffer wächst.

Aus Nr. 89 des „Pielgrzym“ (Pielplin)
vom 27. Juli 1911:

Unser nationaler Gesang.

Es gibt auf der Welt nichts, was schöner ist und mehr zur Seele des Menschen spricht als der Gesang. Besonders der vaterländische Gesang ruft bei allen Nationen Entzücken und Achtung hervor. Jede Nation, wenn sie auch eine noch so niedrige nationale Kultur besitzt, hat ihren Nationalgesang; sie schätzt, entwickelt, hebt und veredelt ihn. Jede Nation pflegt den vaterländischen Gesang, denn sie erblickt in ihm etwas Schönes, an dem sie sich als an einer edlen und erhabenen Sache ergötzt.

In Europa hat es der Gesang zur höchsten Vollendung gebracht. Die Melodien der europäischen Völker sind wunderbar und müssen Bewunderung und Entzücken hervorrufen. Herrliche Lieder haben die Italiener, Spanier, Franzosen, Engländer und Schweden. Ihre Lieder, die ihre nationalen Gefühle nach außen hin zum Ausdruck bringen, ergreifen geradezu das Herz. Diese Nationen pflegen auch den vaterländischen Gesang in vollem Umfange.

Wenn aber auch die Melodien der vorerwähnten Völker herrlich und entzückend sind, so übertreffen dennoch alle die Töne der Lieder der slawischen Völker. Ihre innigen, schmelzenden Volkslieder ergreifen sofort das Herz. Sie werden auch überall geliebt und gepriesen. Die slawischen Völker entwickeln ihre Lieder nicht in Musikschulen, in Konservatorien, und dennoch sind ihre Lieder herrlich, wohlklingend, melodisch und entzückend.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß von allen slawischen Stämmen die Polen am schönsten singen. Der Gesang liegt in der polnischen Natur. Er steckt im Herzen und in der Seele unserer Nationen. Die Macht des polnischen Gesanges ist außerordentlich. Die Töne des polnischen Liedes dröhnen bald wie Donner, bald klingen sie wie das Weinen eines kleinen Kindes, dann wieder sprechen sie die Klagen eines unschuldig Getrübten aus. Im Liede ist alles enthalten: Kraft, Schönheit, Innigkeit, Empfinden, die ganze Macht der Nation.

Der Gesang ist für uns ein Trost, eine Süßigkeit in den Leiden, er flößt uns Hoffnung auf die Zukunft ein. Ohne Lieder gibt es keine Nation, ohne Lieder gibt es auch keine Zukunft. Mit Liedern schläfert die Mutter ihr Kind in der Wiege ein, mit einem Liede verführt der Landmann, der Gewerbetreibende und der Handwerker seine schwere Arbeit, mit einem Liede betet das Volk in der Kirche zu Gott, mit einem Liede vergnügen wir uns bei Taufen und Hochzeiten, mit einem Liede verabschieden wir schließlich unsere verstorbenen Mitbrüder.

Das polnische Lied ist seit Jahrhunderten berühmt. Durch dieses begeisterte sich die Ritterschaft zum Kampf mit dem Feinde, und zwar durch das herrliche Lied „Jungfrau, Gottesgebärerin“. Das polnische Heer sang in flehendem Tone: „Gott, der du Polen“; zur Zeit der napoleonischen Kriege sangen die Soldaten und sang die Nation den wunderbaren Marsch Donbrowski's: „Noch ist Polen nicht verloren“.

Unsern nationalen Gesang müssen wir pflegen und entwickeln. Bei allen Konzerten, Unterhaltungsabenden, Vergnügen, sei es öffentlichen oder solchen in der Familie, muß unser herrlicher polnischer Gesang ertönen. Ohne Gesang würden unsere Vergnügen und Feste leblos sein. Pflegen wir deshalb unsern nationalen Gesang. Singen wir in unsern Häusern, Vereinen, überhaupt überall dort, wo eine gewisse Anzahl von Landsleuten zusammenkommt. Lehren wir unsere Kinder unsere herrlichen polnischen Lieder; mögen sie vom Vater auf den Sohn übergehen, von der Mutter auf die Tochter, und mögen sie uns zur Belustigung und zur Erweckung des Geistes dienen. Jeder wahre Pole und jede wahre Polin muß dafür sorgen, daß stets und überall unser vaterländischer Gesang, unser nationales Lied ertönt.

Aus Nr. 170 des Kraj (Graudenz)
vom 27. Juli 1911:

Ein Sänger im Bauernfittel.

Vom Ferdinand Kuras-Bürgerkomitee in Tarnobrzeg
erhielten wir nachstehenden Aufruf:

Blasse Glende in fremder Werkstatt,
die auf der schweren Wacht in tiefen Schlaf verfallen,
Und jene, die in verfallenen Hütten dahinleben —
Träumen sie?

Und wenn dem so ist, was träumen sie denn?
Träumen sie jemals vom Vaterlande? Wird diesen
Millionen die Liebe zum Vaterlande der Glaube an
es, die Opferwilligkeit für es stets etwas Fremdes
und Gleichgültiges bleiben?

Diese Frage haben sich seit hundert und mehr
Jahren, nämlich seit den Zeiten Kosciuszko, alle
führenden Großen der Nation gestellt: Mickiewicz „liebte
und duldete die Martern“ für jene damals schlafenden
Millionen; Slowacki beschwor sie: „mögen die Lebenden
nicht die Hoffnung aufgeben und dem Volke die Fackel
der Aufklärung vorantragen“; Krasiński sah voraus,
daß sich einst „das Wunder der Wunder erfüllen
würde.“ Und diesen drei Männern folgte nicht nur
der Gedanke, nicht nur das Bestreben, sondern die
ausdauernde und fruchtbare Arbeit ganzer Generationen,
um die schlafenden Ritter zu erwecken und aus ihnen
zielbewußte Heerscharen wahrer Polen zu machen.

Und das ausgesäte Korn ging auf, denn es fiel
nicht auf Fels, sondern auf die edlen Herzen und den
gesunden Verstand unseres Volkes. Und heute ist schon
reiche Frucht zu sehen, nämlich das bürgerliche Em-
pfinden weiter Kreise, die in unsern Augen das ge-
worden sind, was sie schon längst hätten sein müssen,
ein ungeheures und unerschütterliches Fundament der
nationalen Zukunft.

Daß das polnische Volk aus der Jahrhunderte
währenden Erstarrung erwacht ist, daß es den von
Kosciuszko und den drei Dichtern gewiesenen Weg
beschritten hat, das beweist unser öffentliches Leben,
in welchem die mit Bauernkitteln bekleideten Scharen
des Volkes gemeinsam mit anderen Ständen das
Nationalbanner in die Höhe halten.

Und nirgends, in keinem der drei Anteile, finden
Einschlüferungen, die zum sozialen Haß auffordern,
unter dem Dach der Bauernhütte irgend einen Wider-
hall. Im Gegenteil, gerade aus diesen Hütten ertönen
Stimmen, die jedes polnische Herz mit Freude und
Hoffnung erfüllen müssen, Stimmen von Bauerndichtern,
die in einfachen und begeisterten Liedern nicht nur ihre
eigenen Gefühle, sondern die Gefühle der ganzen Land-
bewohner zum Ausdruck bringen:

Hei! Weichsel! Wie nichts deine Fluten im Laufe
aufhält,

So wird auch nichts das polnische Volk — den
Riesen — aufhalten!

Und ebenso wie Du dich an dein altes Flußbett
halten willst,

So wollen wir uns auch an Polen halten — ein
freies von Meer zu Meer!

Ist eine Hand, die diese Worte geschrieben hat,
nicht würdig der Senze von Racławice und des Händ-
drucks des Oberfeldherrn? Und wie klar ist in dieser
tiefgründigen Seele das Verständnis dafür, daß wir
nur mit vereinten Kräften die Wiedergeburt erringen
können:

Hei! Es wird das junge Polen aufleben,
Wenn brüderliche Eintracht aufblühen wird
Unter uns Polen im ganzen Lande!

Woher dieses gesegnete Erwachen des Geistes und
diese Fülle nationalen Selbstbewußtseins? Woher
kommt es, daß das im „Przedświt“ geträumte Wunder
der Wunder im einfachen Liedchen des ländlichen
Sängers lebend wird?

Denn immer häufiger blickt in die Hütten
Der Engel, der den Namen Aufklärung führt,
Und erhebt die Menschen in die sonnige Welt,

Und erklärt ihnen aus bergigen Höhen
Die abscheuliche Knechtschaft des polnischen Landes,
Weist in die baldige Zukunft

Wer ist jener ländliche Sänger, der solche Gefühle,
solche Gedanken aus sich herausholt und sie dem Volke
verkündet?

Ferdinand Kuras, ein einfacher Autodidakt, der
Schöpfer einiger Bändchen inniger und einfacher
Liedchen, ist in einer Bauernhütte an der Weichsel, in
Tarnobrzeg, zur Welt gekommen, dort, wo jetzt, mit
dem Gesicht Sandomir zugewandt, steht

Das Denkmal des Bartosz,

Das mit Hilfe der Wittwengroschen errichtet worden ist.

Dort muß bis zum heutigen Tage der arme,
besitzlose Volksdichter mit seiner Hände Arbeit das
tägliche Brot für sich und seine Familie verdienen.

Der Kampf ums Dasein verschlingt seine besten
Kräfte, erstickt in ihm die Gabe des Liedes; er, ein
Nachkomme von Landbebauern, für den Pflug geboren,
verdorrt vor Sehnsucht nach einem eigenen Stückchen
Land, von dem er nicht einmal träumen kann.

Und dieses Land, so fruchtbar,

So weizentragend, so brotbringend,

Daß ohne Schwierigkeiten ein so kleiner Kreis ein
ganzes Land ernähren könnte!

Beim Anblick, wie in schwerer Arbeit ein Talent
elend zu Grunde geht, das ihm zum Nutzen der Volks-
gesamtheit von Gott verliehen ist, ist in Tarnobrzeg der
Gedanke entstanden, mit Hilfe von Gaben, die im
ganzen Lande gesammelt werden sollten, dem Dichter
ein Bauerngrundstück von einigen Morgen zu kaufen.

Zu diesem Zwecke hat sich in Tarnobrzeg unter
dem Protektorate Seiner Exzellenz des Grafen
Dr. Stanislaus Tarnowski, des Präsidenten der
Akademie der Wissenschaften in Krakau, ein Komitee
gebildet, das alle gutgesinnten Menschen bittet, zur
Verwirklichung dieses Gedankens beizutragen, und alle
Redaktionen polnischer Zeitungen ersucht, die Vermittler-
rolle beim Sammeln der Gaben zu übernehmen.

Möge der Dichter, der die Liebe und Eintracht
aller Stände verkündet, von allen Ständen eine ehren-
volle Belohnung erhalten. Möge ein Stückchen eigenen
Landes jener Volksänger beackern, der das ganze
polnische Land „von Meer zu Meer“ so liebt.

Den Aufruf haben nachstehende Personen unter-
zeichnet:

Vorsitzender: Eugenius Swoboda, Statthaltereir-
rat in Lemberg.

Protector: Seine Exzellenz Graf Dr. Stanislaus
Tarnowski, Präsident der Akademie der Wissenschaften
in Krakau, Mitglied des Herrenhauses usw.

Schriftführer: Sigismund Kolasinski, Lehrer in
Tarnobrzeg.

Vertreter des Vorsitzenden: Domherr Felix Rudnicki
in Wielowieś, Johann Slomka, Gemeindevorsteher in
Dzikow.

Schatzmeister: Ludwig Ruryllo, Rentant der
Herrschaft Dzikow.

Aus Nr. 91 der Gazeta Gdanska (Danzig)
vom 1. August 1911:

Polnische Firmen und der Sakatismus.

Aus Zoppot schreibt man uns: Die Gazeta
Gdanska hat in Nr. 90 mitgeteilt, daß ein Richter
Rothe in der Deutschen Juristenzeitung mit der
Forderung hervorgetreten ist, alle polnischen Firmen
zu kassieren, da diese den Deutschen unverständlich sind
und die national-polnischen Bestrebungen kräftigen.
Der Autor dieses interessanten Einfalls ist der hiesige

Richter Herr Dr. Rothe, der zugleich die Hauptstütze des Zoppoter Ostmarkenvereins ist. Unser Hakatismus ist nämlich auch während der Saison nicht untätig, aber er beschränkt sich auf Publikationen in weit hinter Zoppot erscheinenden Zeitungen, oder er bemüht sich an Ort und Stelle im Stillen, aus den Schaufenstern Plakate mit der Aufschrift „Polnische Bedienung“ zu entfernen. Wenn schon solche Kleinigkeiten die „wahren Patrioten“ beunruhigen, dann kann man sich vorstellen, daß Aufschriften wie „Bank ludowy“, „Macierz kaszubska“, „Kupiec“, „Wielki wybor pończoch i szkarpetek“ (große Auswahl in Strümpfen und Socken) usw. sie mit Grausen erfüllen müssen. Und dazu noch diese Sturmflut der polnischen Intelligenz, dies fortwährende Ertrönen der unerträglichen polnischen Sprache auf den Märkten, diese Hunderte kaschubischer Frauen und dazu noch solche Hitze: das alles kann sogar auch einen jungen Richter aus dem Gleichgewicht bringen.

Daß nach der Abfahrt der polnischen Gäste die Hakatisten hier wieder zu wirtschaften beginnen werden, daß sie namentlich möglichst schnell für die Beseitigung „der polnischen Bedienung“ sorgen werden, das wissen wir aus Erfahrung. Überhaupt zeichnet sich der hiesige Hakatismus durch besondere Rücksichtslosigkeit gegenüber der polnischen Bevölkerung aus. Das kommt wahrscheinlich daher, daß in ihm hauptsächlich Juristen den Reigen anführen. Voritzender ist der Staatsanwalt a. D. Rhode, sein Vertreter ist der Richter Rothe und der Rechtsanwalt und Stadtverordnete Dr. Wamnow ist ihr eifriger Verteidiger! Die hiesige Gruppe des Ostmarkenvereins war eine der ersten, die die Enteignung forderten, trotzdem es in der Kaschubei schon nichts mehr zu enteignen gibt und in Westpreußen sich kaum der vierte Teil des Bodens in polnischen Händen befindet. Trotz alledem raten wir unsern Landsleuten aus allen drei Anteilen, unser bezauberndes Zoppot wegen der Machinationen der Hakatisten nicht zu meiden, weil der größte Teil der deutschen Bevölkerung in Stadt und Land die Hege der Hakatisten ebenso verdammt wie wir. Wenn wir hier fehlen würden, dann würden die Hakatisten ihren Gefühlen freien Lauf lassen und unser Volk würde früher oder später diesem Treiben zum Opfer fallen.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 89 des Katolik (Benthen D.:S.)
vom 27. Juli 1911:

Warum der Kampf?

Warum wiederum der Kampf in Oberschlesien tobt, ist ziemlich einfach zu erklären: die Nationaldemokraten, die Gott weiß woher zugewandert sind, kämpfen für ihre eigenen Interessen, indem sie hierzu die Angelegenheiten unseres Volkes mißbrauchen. Das ist der Zweck ihres Kampfes, zu diesem Zweck haben sie den Kampf begonnen und setzen ihn bis heute fort.

Natürlich verraten die Nationaldemokraten diesen Zweck dem Volke nicht, denn das Volk ist schon so klug, daß es sich nicht mehr dazu hergeben würde, die Kastanien aus dem Feuer für sie zu holen. Unser Volk hat genug an seiner Not und genug Arbeit an seinen Zielen und Aufgaben. Um ihre wahren Ziele zu verstecken, predigen die Nationaldemokraten, daß alles in Schlesien nichts wert, nicht polnisch, nicht national sei, daß nur ihre Partei etwas bedeuete, polnisch und national sei. Das Volk soll ihrer Partei nachgehen, und sie werden natürlich kommandieren, sie

werden Ehren, Bedeutung, Abgeordnetenmandate und was nur ihre Seele zu wünschen beliebt haben.

Darum fielen auch diese Nationaldemokraten, seitdem sie ihre Zeitung gegründet, in jeder Nummer unaufhörlich über uns, über unsere Blätter, und überhaupt über alles her, was nicht ihrer Partei und ihren Zielen diene. Wir schwiegen einige Monate zu diesen unaufhörlichen Angriffen und Verleumdungen, denn wir wollten für bei weitem dringendere und wichtigere An gelegenheiten des Volkes arbeiten, als es der Streit mit den Demokraten ist. Da aber einerseits die Angriffe und Verleumdungen der Nationaldemokraten nicht aufhörten, und da andererseits die Nationaldemokraten der völkischen und katholischen Sache schon sehr zu schaden begannen, so mußten wir gegen sie öffentlich Stellung nehmen und sie so tadeln, wie sie es verdienen.

Aus diesem Grunde ist die But der Nationaldemokraten groß! Sie begannen sogar geheime Komplotte anzustiften, um unsere Arbeit für das Volk zugrunde zu richten; sie wollten sogar polnische Versammlungen sprengen! Aber diese ihre Komplotte wurden zu ihrer eigenen großen Schande entdeckt. Das hindert aber die Nationaldemokraten gar nicht, fortwährend von ihrer „Moral“ zu schreiben. Sie haben den Mund von dieser ihrer „Moral“ stets voll. Für einen Menschen, welcher weiß, was „Moral“ ist, und ihre versteckte Arbeit und ihre Ziele kennt, muß diese ihre aufgeblasene Eitelkeit als ein Mittel erscheinen, die Aufmerksamkeit von ihrer Unmoral abzulenken. Der große Napoleon, ein genialer Politiker, jagte einmal zu seinen Beamten: „Sprecht möglichst viel von Freiheit, dann braucht ihr sie den Menschen nicht zu geben“. Ähnlich reden fortwährend die Nationaldemokraten von der Moral, um die Aufmerksamkeit des Volkes von Verdächtigungen nach dieser Richtung abzulenken. Darum also führen die Nationaldemokraten den Kampf, und zwar mit Mitteln, wie wir sie hier genannt haben.

Indessen stellen die Nationaldemokraten die Ursache und den Zweck des Kampfes ganz anders dar. Sie drucken einen mit Lügen und Verleumdungen gespickten Artikel aus dem Slowo Polskie, einem nationaldemokratischen Blatte in Lemberg, ab, wo davon die Rede ist, daß ein Kampf „um die Diktatur in Oberschlesien“ tobe. Sozusagen Diktator will Herr Napieralski sein, die Nationaldemokraten aber wollen dies verhindern, weil Herr Napieralski den Wahlen eine solche Richtung geben würde, daß kein einziger Nationaldemokrat Abgeordneter werden und Herr Napieralski Regierungspolitik treiben würde.

Dies ist der Inhalt dieses verworrenen und mit Lügen gespickten Artikels, den die Nationaldemokraten aus dem Slowo Polskie abgedruckt haben. Man sieht, daß es den Nationaldemokraten um Abgeordnetenmandate, um Würden und Ehren sehr zu tun ist. Vielleicht sind viele von ihnen nach Schlesien nur dazu gekommen, um hier leichter Mandate, Ehren an sich zu reißen, denn im Posenschen z. B. gibt es zu Abgeordneten geeignete Leute genug, die besser und fähiger sind als die hiesigen Demokraten. Wir denken natürlich niemals daran, den Nationaldemokraten Mandate vorzuenthalten, aber mögen sie nach diesen Ehren nicht in so unerschämter Weise haschen; mögen sie vor allem arbeiten, sich verdient machen und warten, bis sie das Volk berufen wird.

Uns ist es um keine Ehren, um keine Würden zu tun, und desto weniger Herrn Napieralski um eine Diktatur. Wer die Satzungen der nach dem Friedensschluß in Schlesien gegründeten politischen Organisation gelesen hat, der kann wohl sehr klar herausgelesen haben, daß weder Herr Napieralski, noch Herr Korfanty, noch wir überhaupt, sondern das Volk und seine Dele-

gierten über Politik entscheiden sollen. Also ist der Ruf, daß es Herrn Napieralski um eine Diktatur zu tun sei, eine gemeine Lüge. Uns und allen unseren Leuten ist es um das Volk, um die Aufklärung, um die Organisierung und um die Wiedergeburt unserer Volksgeamtheit in Schlesien zu tun, die sich zu 33 Prozent aus dem Volke zusammensetzt. Wir wissen auch, wie wir arbeiten müssen, denn wir kennen die politischen Verhältnisse in Schlesien und unser polnisches Volk sehr gut, und wir brauchen zu den demokratischen „Weisheiten“ weder in Lemberg noch in Posen unsere Zuflucht zu nehmen.

Welcher Lügen sich das nationaldemokratische Slowo Polskie bedient, dafür seien einige Beispiele angeführt.

Dieses Blatt schreibt in dem besagten Artikel, daß wir „eine Versöhnung mit dem Zentrum auf Kosten des nationalen Interesses bei den bevorstehenden Reichstagswahlen“ bezwecken. Dies ist eine gemeine und nichtswürdige Lüge!!

Weiter schreibt das Blatt, wir hätten „eine systematische Treibjagd auf den Abgeordneten Seyda unter dem lächerlichen Vorwand begonnen, daß er nicht gegen das Feuerbestattungs-gesetz gestimmt habe, welches für das polnische Volk ganz gleichgültig sei, wobei sorgfältig (auf unserer Seite — die Red.) verschwiegen worden sei, daß auch andere Abgeordnete, sogar Geistliche gegen dieses Gesetz gestimmt hätten“. — Wieviel Behauptungen, joviell Lügen! Unsererseits gab es keine Treibjagd gegen den Abgeordneten Seyda, sondern wir tadelten nur, daß er gegen das Gesetz nicht gestimmt hat, obgleich er dagegen hätte stimmen können und sollen. Wenn Herr Seyda in Versammlungen keine Ausflüchte gemacht, sondern seine Schuld bekannt hätte, hätte es bei diesem Tadel sein Bewenden haben können. Weil aber Herr Seyda Ausflüchte gemacht und dazu noch uns beschuldigt hat, so wurde diese Angelegenheit mehrere Male beleuchtet. Das ist eins. — Weiter ist es eine Lüge, daß das Feuerbestattungs-gesetz für das polnische Volk gleichgültig sei; unser Volk ist nämlich, Gott sei Dank, noch katholisch und von dem nationaldemokratischen Liberalismus noch nicht durchdrungen. Es handelte sich aber um ein ausgesprochen antikatholisches Gesetz; ferner wird unser Volk in Form von Steuern zum Bau von Krematorien Geld hergeben müssen; weiter wurde durch die Nichtabstimmung gegen das Gesetz den Zentrumsleuten eine Waffe gegen das polnische Volk in die Hand gegeben; aus diesen Gründen ist das ganze Gesetz und das Verhalten des Herrn Abgeordneten Seyda für das polnische Volk keineswegs gleichgültig. — Weiter ist eine abgefeimte Lüge die Behauptung, wir hätten sorgfältig verschwiegen, daß auch andere Abgeordnete und sogar Geistliche nicht gegen das Gesetz gestimmt hätten; wir haben ausdrücklich alle Abgeordneten genannt, sowohl diejenigen, die gegen das Gesetz gestimmt haben, als auch diejenigen, die bei der Abstimmung nicht anwesend waren, und zwar in allen unseren Blättern; wir tadelten alle, die der Abstimmung ferngeblieben waren. Es steht aber immer die Frage, wer bei der Abstimmung sein konnte und wer nicht.

Weiter schreibt das Slowo Polskie, Herr Napieralski habe gefordert, „daß Wahlkompromisse mit dem Zentrum von vornherein abgeschlossen werden sollten“. — Auch das ist eine Lüge, denn Herr Napieralski hat in dieser Angelegenheit garnicht gefordert, er hat sich nur in einem Gespräch mit einem Warschauer Journalisten dahin geäußert, daß es für die Polen im preußischen Staat überhaupt am vorteilhaftesten wäre, wenn man mit dem Zentrum von vornherein Kompromisse eingehen könnte, weil dadurch sowohl die Polen als auch das Zentrum mehr Mandate erlangen könnten.

Weiter erhebt das Slowo Polskie den Vorwurf, wir hätten die Absicht, partikularistische Politik zu treiben, d. i. das polnische Volk in Schlesien von dem Rest der Nation loszutrennen, und ihm zu sagen, daß es mit dem übrigen Teil der Nation nichts gemein habe. — Das ist ebenfalls eine Lüge, und zwar eine so dumme Lüge, daß unser ganzes Volk, das unsere Arbeit seit Jahren kennt, wohl sofort gewahr werden wird, daß es sich den Nationaldemokraten darum handelt, uns zu verleumden, um die Allgemeinheit der Nation gegen uns aufzuheizen und sich als die Rettungsmannschaft hinzustellen, die eine Unterstützung benötigt.

Den gleichen Zweck hat die weitere Lüge, daß Herr Napieralski oder ein anderer von uns in Berlin zusammen mit dem Zentrum Regierungspolitik treibe, d. i. die polnische Nation im preußischen Staate überhaupt ausrotten wolle. Auch diese Lüge ist von der Art, daß man sie nicht zu beleuchten braucht, weil jedermann sofort bemerken kann, eine wie große Verleumdung und Nichtswürdigkeit sie ist.

Von solchen und ähnlichen gemeinen Lügen wimmelt förmlich der ganze in dem Blättchen der hiesigen Nationaldemokraten abgedruckte Artikel des Slowo Polskie. Das ist diese prahlerische „Moral“ der Nationaldemokraten! Herr, bewahre uns und unser Volk vor einer solchen „Moral“.

In Lemberg mag das Slowo Polskie von den schlesischen Angelegenheiten und ihrem Verlauf keine Ahnung haben, in einem solchen Falle aber sollte es schweigen, und nicht urteilen wie ein Blinder über Farben und nicht bodenlos dumme Urteile fällen. Aber anders verhält sich die Sache mit den Nationaldemokraten in Schlesien; diese haben diese Lügen und Verleumdungen feierlich abgedruckt und von sich noch hinzugefügt, das Slowo Polskie sei eine unparteiische und ernst zu nehmende Quelle!!! Die Nationaldemokraten müßten doch von den schlesischen Angelegenheiten ein wenig mehr wissen, als das Slowo Polskie; sie müßten wissen, daß der Artikel des Slowo Polskie ein Rehrichthausen von Lügen und Verleumdungen schlimmster Art ist. Aber die Nationaldemokraten verachten in ihrer „Moral“ nichts mehr und greifen sogar zu Lemberger Rehrichthausen nach Rot, um mit ihm auf die Gegner zu werfen! Uns trifft zwar dieser Rot politischer Kinder nicht, und darum ist es uns auch nicht zu tun; uns handelt es sich nur darum, daß die Sache des polnischen Volkes unter den Bubenstreichen der Nationaldemokraten bei uns sehr leiden kann. Daher warnen wir das Volk vor diesen Betörungen und Wühlereien der Nationaldemokraten, die mehr Einbildung als Verstand besitzen, die mehr Lust haben, vom Fremden zu ernten, als Lust zu arbeiten.

Seien wir dessen eingedenk, daß unaufhörliche Stürme und Hagelwetter die Arbeit der Landsleute vernichten müssen. Bei uns in Schlesien wüteten schon ziemlich lange verschiedene Stürme, bis endlich die lang ersehnte Sonne des Friedens erglänzte; unter Benutzung des guten Wetters hätte jetzt eine tatkräftige Arbeit einsetzen sollen. Leider verursachten die Nationaldemokraten wiederum Stürme! Alles hängt jetzt vom Volke allein ab, ob es erlaubt, daß anstatt der Arbeit für die ganze Volksgeamtheit ewige Streitigkeiten und fruchtlose Kämpfe stattfinden. Wenn sich das Volk entzweien und zu gegenseitiger Bekämpfung aufheizen lassen wird, so wird es sein Schade sein. Uns kann dieses irreführte Volk, das durchaus nichts verschuldet hat, daß man es in dieser Weise behandelt, nur leid tun. Mögen es sich, so lange es noch Zeit ist, diejenigen von unseren Leuten überlegen, die infolge Betörung oder Blindheit oder irgendeiner anderen Ursache den Nationaldemokraten helfen; mögen sie sich

klar darüber werden, welches Unrecht sie der polnischen Volksgeamtheit in Schlesien zufügen.

Aus Nr. 139 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 1. August 1911:

Eine Lehre für die Versöhnungsparteiler.

In den letzten Zeiten gibt es gewiß keinen Mann, der durch sein Politisieren für unsere Volksgeamtheit so viele augenblickliche Vorteile zu erlangen vermochte, wie der unlängst verstorbene Josef v. Koscielski. Dank seinen Bemühungen, seiner Politik, die eine Stütze in seiner persönlichen Freundschaft mit dem Kaiser und in den Ausnahmeverhältnissen hatte, welche infolge der Abneigung des damals jungen Wilhelm II. gegen den nach Macht lüsternen Bismarck herrschten, gelang es, den neben dem eisernen Kanzler größten Polenfeind, Kultusminister Gopler, aus dem Sattel zu heben und das von ihm erlassene Verbot der Erteilung polnischer Unterrichts in den Volksschulen aufzuheben. Der Unterricht der polnischen Sprache wurde zwar in den Plan der Volksschule nicht wieder aufgenommen, sondern es wurde den Lehrern gestattet, den Kindern polnischen Privatunterricht zu erteilen. Ferner wurde die polnische Sprache als Unterrichtssprache im Religionsunterricht wieder eingeführt. Schließlich gelang es den tatkräftigen Bemühungen und dem Politisieren des verstorbenen von Koscielski, die Ernennung eines Polen, des damaligen Abgeordneten und Propstes Florian v. Stablewski, zum Erzbischof von Posen-Gnesen durchzusetzen.

Das sind die tatsächlichen Vorteile der damaligen Versöhnungspolitik, jedoch verhältnismäßig kleine Vorteile und vor allem Vorteile, die gleich einem kurz dauernden Schlaf vorübergegangen sind. Gott bewahre, daß heute ein polnischer Lehrer im Ante polnischen Unterricht erteilen könnte, — sogar zu Hause verbietet man ihm, mit seinen eigenen Kindern polnisch zu reden. Was mit der polnischen Unterrichtssprache im Religionsunterricht geschehen ist, darüber belehren uns am besten — Breschen und der Schulfreif. Unser Erzbischof, der verstorbene v. Stablewski, stand in den letzten Tagen seines Lebens, als er der Regierung nicht zu Willen war — wie behauptet wird — nahe vor der Verhaftung, und nach seinem Tode warten wir ganze Jahre auf einen Nachfolger, ohne zu wissen, wer dieser sein und was für ein Kirchenregiment er uns bringen wird.

Das ist uns von der Gnade der Regierung geblieben, die wir zur Zeit der Versöhnungspolitik auf Kosten der größten nationalen Erniedrigung, auf Kosten des Sichduckens vor denen erlangt hatten, die seit tausend Jahren durch den Drang nach Osten das slawische Element systematisch ausrotten.

Die Geschichte dieser Zeiten, vor allem die Geschichte des Schöpfers der damaligen Versöhnungspolitik, Josef v. Koscielski, lehrt uns besser als alles andere, wie falsch eine Politik ist, die für uns das Heil in der preußischen Gunst sucht. Den verstorbenen v. Koscielski hat das Leben gelehrt, daß uns die Versöhnungsbemühungen feste Grundlagen des nationalen Daseins nicht sichern können. Darum unterzog er sich nach einem Zeitabschnitt des Umherirrens in der Politik, des Dienstes am Hofe und bei den Ministern, mit dem Eifer eines echten patriotischen Bürgers der Arbeit an der Hebung des Nationalbewußtseins seiner Volksgeamtheit, an ihrer Stählung zum Kampf um die heiligsten von Gott verliehenen Ideale.

Die letzten Jahre des Lebens und der Arbeit des zu früh verstorbenen begeisterten Patrioten sind

das beste Vorbild für alle, die sich noch heute der Täuschung hingeben, die Bettlerhand zu den Stufen des Thrones ausstrecken, vor den verschlossenen Türen der preußischen Gunst warten — wie sie ihre Bürgerpflichten zu erfüllen haben. Ohne zu warten, bis sie so bittere Enttäuschungen erleben, wie sie der verstorbene Josef v. Koscielski erlebt hat, sollten unsere Versöhnungsparteiler schleunigst auf dem falschen Wege umkehren — nicht für eine Finanzreform, für die Erhöhung der königlichen Zivilliste stimmen — nicht „positive“ Arbeit leisten in der Hoffnung, daß ein gnädiger Blick von den Regierungshöhen auf sie fallen wird, sondern sie sollten das Volk selbständig denken lehren, aus ihm ein Heer heranbilden, welches alle seine nationalen Pflichten treu erfüllen wird.

Aus Nr. 89 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 1. August 1911:

Eine überflüssige Polemik.

Zwischen der liberalen Breslauer Zeitung und der Schles. Volkszeitung besteht schon seit längerer Zeit eine Polemik um den von der Breslauer Zeitung gegen die Zentrumsparthei erhobenen Vorwurf, daß diese mit den Polen ein Kompromiß geschlossen habe oder wenigstens schließen wolle, um bei den nächsten Reichstagswahlen gemeinsam vorzugehen.

Wenn die Breslauer Zeitung die Wahlsagungen der polnischen Parthei und außerdem den in dieser Frage von unserer höchsten Wahlinstanz, dem Zentralwahlkomitee, nicht nur früher, sondern erst unlängst in den Zeitungen eingenommenen Standpunkt hinsichtlich der Reichstagswahlen kennen würde, so müßte sie zugeben, daß es ganz überflüssig war, eine Polemik in dieser Angelegenheit mit den Zentrumsblättern hervorgerufen zu haben. Es ist nämlich bekannt, daß das Zentrumskomitee auf diesem Standpunkt steht, und es hat erst unlängst bekannt gemacht, daß beim ersten Wahlgang während der Reichstagswahlen die eigenen Kandidaten zu wählen seien und daß vorher keine Vereinbarungen getroffen, keine Kompromisse mit anderen Parteien eingegangen werden dürfen.

Wie kann man also das Zentrum eines Kompromisses mit den Polen beschuldigen, wenn deren höchste Wahlinstanz grundsätzlich gegen irgendwelche Kompromisse ist!

Überdies hat sich das Zentrum in der Versammlung der Vertrauensmänner in Randzin und später auf dem Delegiertentage der schlesischen Zentrumsparthei in Breslau ausdrücklich gegen Kompromisse mit anderen Parteien bei der Reichstagswahl erklärt.

Für uns, d. i. für die polnische Volksgeamtheit im allgemeinen und für die in Oberschlesien im besonderen sollte es unzweifelhaft sein, daß die Eingehung irgendwelcher Kompromisse mit der Zentrumsparthei bei den Reichstagswahlen eine unvernünftige und für die Ausbreitung des Gefühls der nationalen Sonderstellung unter dem polnischen Volke schädliche Sache wäre. Bei den geheimen und direkten Reichstagswahlen können wir besonders in Oberschlesien noch viel erobern, und es handelt sich darum, daß wir uns klar und genau Rechenschaft ablegen könnten, was wir erobert haben. Dies läßt sich nur bei einer selbständigen und aufs beste organisierten und entfaltenen Wahlaktion feststellen.

Bei den Stichwahlen muß natürlich festgehalten werden an den Grundsatz „in necessariis unitas“, einem Grundsatz, der gerade die katholischen Parteien gegen den gemeinsamen Gegner zusammenschließen mußte.

über die preußischen indirekten und öffentlichen Landtagswahlen, hinsichtlich deren allenthalben, bei uns in Oberschlesien aber fast allgemein für die Polen wie nicht minder für das Zentrum eine andere Taktik empfehlenswert ist, braucht man sich vorläufig nicht besonders auszulassen.

Wir stellen nur noch einmal fest, daß jede Polemik betreffend Kompromisse zwischen den Polen und dem Zentrum bei den Reichstagswahlen, zumal vor dem ersten Wahlgang, überflüssig ist, weil solche Kompromisse nicht bestehen und nicht bestehen werden!

Aus Nr. 172 des Kurjer Śląski (Zabrze)
vom 30. Juli 1911:

Regiert in Preußen das Recht oder, wie in Rußland, die Willkür der Beamten?

Ob in Preußen das Gesetz oder die Willkür der Polizeibehörde regiert, das ist die Frage, die sich unwillkürlich jeder Bürger in Oberschlesien vorlegen muß beim Anblick dessen, wie manche örtlichen Polizeimachthaber das Versammlungsrecht anwenden.

Das neue Vereinsrecht sollte nach den Versicherungen des gegenwärtigen Reichskanzlers liberal gehandhabt werden, d. h. es sollten endlich einmal die Schikanen der Machthaber der Ortspolizei und der Landräte aufhören, es sollte aufhören das Ausfindigmachen der verschiedenen Kniffe, das Gesetz zu umgehen und den Bürgern das Versammlungsrecht zu rauben, welches sie auf Grund der Verfassung und der Reichsgesetze haben. Aus Süddeutschland vernimmt man keine Klagen über eine Schikanie der Bürger hinsichtlich der Versammlungen und Vereine, dort sind die Beamten offenbar Menschen, die ihre Pflicht darin erblicken, wie sie der Bevölkerung dienen sollen. Anders ist es in Preußen, insbesondere in den polnischen Landesteilen, und unter diesen am schlimmsten in Oberschlesien. Hier kann der Ortspolizist die Illusion nicht los werden, daß er der Herr der Bevölkerung sei, daß er „regiere“ und die polnische Kanaille gehorsam sein müsse. Wozu braucht sie Versammlungen? Damit sie sich noch mehr aufhebt? An den ersten besten Schein klammert sich ein solcher Polizeimachthaber, und er gestattet keine Versammlung unter freiem Himmel, obgleich sein Vorgehen dem Gesetz geradezu einen Schlag ins Gesicht versetzt. Was geht ihn das an? Das Gesetz ist offenbar dazu da, daß es dem Volke keine Rechte gebe! Wenn er auch gesetzwidrig verfährt, so weiß er, daß ihn keine Strafe trifft. Wenn er den Prozeß verliert, so trägt nicht er die Kosten, sondern diese Kanaille muß sie in Form von Gemeindesteuern bezahlen. Wir leben so, als ob wir im Reiche des Zaren lebten, als ob es keine Verfassung gäbe, als ob der Bürger aller Rechte beraubt wäre.

In zwei Jahren haben die Polizeibehörden in Oberschlesien Duzende von Versammlungen unter freiem Himmel verboten, ihre Verbote damit begründend, daß sich die polnische Bevölkerung nach dem 1. und 15. den Lohn- und Vorshupstagen, zu betrinken pflege und zu Gewalttätigkeiten geneigt sei. In den Augen der ganzen Welt stellten diese von der polnischen Bevölkerung besoldeten Leute ihre Brotgeber als eine moralisch gefallene Bevölkerung hin. Das Oberverwaltungsgericht hob schließlich diese Verbote auf und fällte ein Urteil, welches besagt, daß Versammlungen deshalb, weil sie nach dem 1. und 15. im Monat stattfinden, nicht untersagt werden dürfen. Unlängst mußte der Kreisaußschuß mit Rücksicht auf dieses Erkenntnis ein ähnliches Versammlungsverbot der Dombor Polizei aufheben. Aber bei uns in Oberschlesien macht sich ein solcher Polizei-

machthaber über die Erkenntnisse des höchsten Gerichts einfach lustig, er schätzt das Gesetz und das höchste Gericht gering; denn er ist „absoluter König“. Dadurch allein erklärt sich auch das Vorgehen mancher Polizeibehörden. Trotz des Urteils des höchsten Gerichts, trotz des Urteils des Kreisaußschusses verbot die Myslowitzer Polizei, an deren Spitze Dr. Häuser, der Abgeordneten kandidat der liberalen Deutschen, steht, nach dem 15. d. Mts. eine Versammlung in Miejski Janow deshalb, weil sich nach dem 15. angeblich die Bevölkerung zu betrinken pflege und zu Ausschreitungen geneigt sei. Am letzten Sonntag sollte eine Versammlung in Bykowina stattfinden. Der Amtsvorsteher aus Neudorf verbot sie, weil die Bevölkerung um den 30. herum zur Trunksucht und zu Gewalttätigkeiten geneigt sei. Diese Herren gehen die Erkenntnisse des höchsten Gerichts absolut nichts an; sie fühlen sich höher und stärker als die Gerichte und Gesetze.

In Rosdzin verbietet die Polizei eine Versammlung deshalb, weil sich im Dorfe zwei Parteien befinden, die sich bekämpfen. Sie existieren nur in der Vorstellung der Polizei. In Radzionkau wurde am verflossenen Sonntag eine Versammlung verboten, weil sich dort angeblich ebenfalls zwei Parteien bekämpfen. Wie wird es vor den Wahlen sein, wo sich vier und fünf Parteien bekämpfen werden? Sollen dann alle Versammlungen aufhören? An diesem Sonntag wurde in Radzionkau wiederum eine Versammlung unter freiem Himmel angemeldet, und die Radzionkauer Polizei verbot sie wieder. In der Begründung des Verbots macht sie sich über die Bürger einfach lustig. Sie sagt: Der Ort, an welchem die Versammlung stattfinden soll, umfaßt nur 150 Quadratmeter. Auf diesem Plage liegt ein großer Haufen Ziegel (etwa 100 Ziegel, die jeden Augenblick entfernt werden können. — Anm. d. Red.). Dieser Ort ist nach Süden und Norden von einem Holzzaun umgeben, der die Bewegung einer größeren Bevölkerungszahl beschränkt. Außerdem befindet sich auf dem Hofe ein Abort mit unverdeckter Grube. Dieser Grube entströmen Gerüche, welche die Gesundheit der Versammlungsteilnehmer schädigen könnten. Der Zaun ist leicht, könnte leicht brechen, und die Bevölkerung würde den Nachbarhof betreten. Ein solches Betreten würde einen Zusammenstoß mit den Nachbarn hervorrufen. Schließlich könnten die Versammlungsteilnehmer die Straße betreten, wodurch die öffentliche Sicherheit gefährdet wäre. In der Familie des Eigentümers des Hofes, in dem die Versammlung stattfinden soll, herrscht Scharlach.

Wir sehen also, daß sich die Radzionkauer Polizei nicht in der geringsten Verlegenheit befindet, Ursachen zum Verbot einer Versammlung ausfindig zu machen. Wir wissen nicht, ob in der Familie des Hofeigentümers, Herrn Müller, Scharlach herrscht, aber das wäre die einzige verständliche Ursache des Versammlungsverbots, wenn dem so wäre. Die anderen vom Amtsvorsteher angeführten Gründe sind so nichtsagend und lächerlich, daß jeder öffentliche Beamte, der auf sein Ansehen bedacht ist, sich schämen müßte, zu solchen Mitteln seine Zuflucht zu nehmen und die Bürger der ihnen gewährleisteten Rechte zu berauben.

Welches sind die Folgen eines solchen Vorgehens der Ortspolizei-Machthaber? Solche Verbote wirken geradezu **revolutionär**. Die polnische Bevölkerung verliert jegliche Achtung und jegliches Vertrauen zu den Behörden und sieht in ihnen nur öffentliche Einrichtungen, deren Aufgabe es ist, den Bürgern Unrecht zu tun und sie der ihnen gebührenden Rechte zu berauben, zumal, da die polnische Bevölkerung sieht, daß alle diese Schikanen, wenn es sich um die Deutschen handelt, wegfallen, daß im Gegenteil diese selbe Polizei ihnen alle Bequemlichkeiten und Erleichterungen gewährt.

Die polnische Bevölkerung muß alles Vertrauen zu den Gerichten einbüßen, wenn sie sieht, daß der einfache Polizist deren Urteile nicht beachtet, sondern willkürlich verfährt.

Die polnische Bevölkerung muß den Staat hassen, in welchem es möglich ist, daß ihr der unterste Beamte nach seinem Belieben und nach seinem politischen und nationalen Gutdünken es unmöglich macht, von den bürgerlichen Freiheiten Gebrauch zu machen, und daß er ihr die Rechte einfach streicht, die ihr die Verfassung verleiht, auf die sogar der Herrscher einen Eid geleistet hat, daß er ihre Vorschriften streng beachten wird.

Diese Polizeibeamten in Oberschlesien betreiben eine revolutionäre Arbeit, die das Staatsgebäude auflöst und geradezu eine moralisch-soziale Anarchie einführt. Es ist nicht unsere Aufgabe, diesen Staat zu verteidigen, wir haben nur die Pflicht unsere Rechte zu verteidigen; und das tun wir auch wo es nötig ist.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 329 der Nowa Reforma (Kraufau)
vom 21. Juli 1911:

Aus dem preußischen Teilgebiet.

(Die Folgen der hakatistischen Agitation. — Die Germanisierung der Diakonissinnen. — Auf der Straße darf nicht polnisch gesprochen werden. — Verbot einer Liebhabervorstellung aus nationalen Gründen. — Material in Sachen der Enteignung).

Aus Posen wird uns geschrieben:

Die ständige, rücksichtslose und in den Mitteln nicht wählerische hakatistische Agitation und Hetzerei gegen die Polen ergeben Resultate, die von dieser berichtigten preußischen Kultur keineswegs rühmlich zeugen, deren sich die Deutschen so rühmen und mit der sie die größten Gesetzeslosigkeiten bemänteln, die sie sich gegen die polnische Nation zu Schulden kommen lassen. Der Rassenhaß dringt nämlich immer mehr zu denjenigen Sphären durch, in denen er absolut nicht sein darf, denn er dringt sogar zu Personen, die im Dienste der öffentlichen Ordnung stehen, aber was noch schlimmer ist, zu Personen, denen die Pflege von Kranken anvertraut ist. Über germanisatorische barmherzige Schwestern, die das Wort des Hakatismus in einem Provinzorte fortsetzen, haben wir schon berichtet, aber es zeigt sich, daß es durchaus kein vereinzelter Fall war.

Im Posener Diakonissenkrankenhaus haben die Schwestern, denen die Obhut der Kranken anvertraut ist, den Gebrauch der polnischen Sprache innerhalb des Krankenhauses überhaupt verboten. Die Folge davon ist, daß sogar die Kranken, die nicht ein Wort deutsch verstehen, sich nicht polnisch unterhalten können, weil die Diakonissinnen ihnen mit Hinauswerfen drohen. Dieser Fall ist umso empörender, weil die sich in diesem Krankenhaus befindlichen Polen, die mitunter gegen ihren Willen dort untergebracht sind, für die Behandlung und Pflege bezahlen müssen, oder es bezahlten Verwandte oder Krankenkassen für sie.

Sogar die Klasse der gewöhnlichen Polizisten, die heute „die polnische Sprache auf der Straße nicht mehr leiden können“, ist von dem Gift des Hasses durchdrungen. Vorgestern hat nachstehender Vorfall in polnischen Kreisen große Entrüstung hervorgerufen. Eine Dame, welche auf die Elektrische wartete, rief ihrem Sohne, der sich von ihr entfernt hatte, zu: „Kasiu, komm her, sonst überfährt Dich die Elektrische.“ Diese Worte hörte der in der Nähe stehende Schutz-

man Nr. 29 — er näherte sich der Dame und sagte in rauhem Tone: „Was wünschen Sie?“ — Nichts, nichts — lautete die Antwort. Darauf sagte der Schutzmann: „Hier kann man nicht polnisch sprechen. Es ist verboten!“

Das sind typische Beispiele dafür, wohin das fortwährende Hetzen gegen die Polen und die ständige Bezeichnung der Polen als „eine minderwertige Nation“ führt.

Bis zu welchem Grade aber die Verfolgung der polnischen Vereine gelübt wird, wie weit sich die preußischen Behörden in der Vorpiegelung des „polnischen Gespenstes“ gehen lassen, beleuchtet grell das Verbot einer Liebhabervorstellung, welches nur einzig und allein infolge der Besorgnis — wie es in den Motiven des Verbots heißt — um die durch die Polen bedrohte Unversehrtheit des Deutschen Reiches hervorgerufen worden ist. Die Sache verhält sich folgendermaßen:

Der Industrieverein in Gembitz, Kreis Mogilno beabsichtigte durch Liebhaber das Theaterstück „Ewa Miaszkowska“ aufführen zu lassen. Das an sich schwache Stück erwies sich in den Augen der preußischen Behörden für die Unversehrtheit des Hohenzollernreiches als sehr gefährlich. Die Polizei in Gembitz wandte sich in dieser Angelegenheit an den Polizeipräsidenten in Posen, der die Aufführung dieses Stückes verboten hat. Der Verein klagte gegen dieses Verbot. Der Bezirksausschuß hat als zweite Instanz die Klage zurückgewiesen und seinen Beschluß in folgender Weise begründet:

(Folgt Wortlaut der Begründung in polnischer Übersetzung.)

Das Obergericht hat dieses Urteil bestätigt. Man muß tatsächlich lachen, wenn man derartige Gründe liest.

Einer der Hakatistenführer, der bekannte „Justiz“-Rat Wagner, hat ein Büchlein herausgegeben, das Dokumente und Material in Sachen der Enteignung enthält. Außer den Motiven zum Enteignungsgesetz, den im Jahre 1908 von den Ministern von Bülow, von Rheinbaben und von Arnim in dieser Angelegenheit gehaltenen Reden, ist dort auch die diesjährige Rede des Ministers von Schorlemer und die auf dem „deutschen Tage“ in Posen von Herrn von Tiedemann gehaltene Rede enthalten. Dieses Buch hat den Zweck, der Regierung die Notwendigkeit der Anwendung der Enteignung vor Augen zu führen. Die Hakatisten faulzen also nicht.

Aus Nr. 118 des Deutschen Volksblattes für Galizien
(Lemberg)

vom 21. Juli 1911:

Der neue Reichsrat.

In Wien sind die Erwählten des Volkes wiederum zu ernster Arbeit zusammengetreten. Teils hoffnungsvoll, teils zweifelhaft richten sich die Augen der Bevölkerung auf das neue Haus. Wird es uns was Besseres bringen, als das vorige? Wird es endlich einmal unser parlamentarisches Leben aus dem Sumpf herausziehen und eine Periode ernster fruchtbringender Arbeit herbeiführen?

Vorläufig sind diese Fragen schwer zu beantworten. Vorsichtig, sehr vorsichtig sind alle Äußerungen, welche sowohl die Regierung und der neue Ministerpräsident Gautsch über ihr Programm, wie auch andererseits die einzelnen großen Parteien des Reichsrats über die Bedingungen, unter denen sie mitarbeiten wollen,

abgeben. Die gegenwärtige Session des Reichsrats wird ja nur von kurzer Dauer sein. Die Herren Abgeordneten sind ja auch sterbliche Menschen, und als solche sitzen sie in der Hitze der Hundstage nicht gern wochenlang in der dumpfen Luft des Parlamentsgebäudes. Ein nicht unbeträchtlicher Teil von ihnen sind Landwirte, die gerne noch nach ihrer Ernte sehen möchten, und es daher sehr eilig haben. Und ein großer Teil der Herren Abgeordneten, und nicht minder wohl die Herren Minister, die bisher schon im Wahlkampf ihre Kräfte ziemlich aufgerieben haben, sehnt sich sehr danach, wenigstens im August noch etwas frische Luft zu schöpfen.

Trotzdem wird die gegenwärtige Parlamentssession wohl mindestens 3 Wochen in Anspruch nehmen. Nach Erledigung der vielen Formalien, die in einem neu gewählten Hause erledigt werden müssen, muß vor allem die Bankvorlage verabschiedet werden. Sodann wird es sich um die nachträgliche Genehmigung verschiedener Verordnungen (§ 14) handeln, die während der parlamentslosen Zeit durchgeführt wurden. Es verlautet auch weiter, daß aus diesem Anlaß das Ministerium Bienenrath in den Anklagezustand versetzt und hierbei eine große politische Debatte gehalten werden soll. Eine solche wird jedenfalls auch über die Wahlvorkommnisse von Drohobycz stattfinden.

Wie wird der neue Reichsrat die Fragen behandeln, welche uns Deutschgalizier vor allem interessieren? Der vorige Reichsrat, das erste österreichische Volkshaus, hat sich des öfteren auch mit den Deutschgaliziern beschäftigt müssen. Das war das Verdienst unseres getreuen Eckarts, des Herolds von Galizien, des Abgeordneten Eduard von Stransky. Zahlreich und oft hat Stransky wegen Beeinträchtigung unserer Rechte im vorigen Reichsrat interpelliert. Seine Reden, die er am 27. Mai 1908, am 28. April 1909 und am 7. Mai 1909 im Reichsrat gehalten hat, werden in Deutschgalizien stets unvergessen bleiben. Besonders die letztgenannte Rede war von großer Bedeutung. Sie knüpfte an, an einen Antrag der Ukrainer, welcher dahin ging, entweder das sogenannte Ministerium für Galizien abzuschaffen, oder aber, wenn dies nicht geschehen sollte, neben dem polnischen Landsmannminister auch einen ruthenischen zu berufen. Mit der ganzen frischen Kühnheit, die für ihn so kennzeichnend ist, trat da Stransky auf und verlangte, daß dann nicht zwei, sondern gleich drei galizische Landsmannminister berufen werden müßten, nämlich auch einer für die Deutschen in Galizien, oder aber, daß dem deutschen Landsmannminister nichts in den Weg gelegt würde, wenn er auch die Interessen der Deutschen Galiziens vertrat.

Wer wird nun im neuen Hause der Anwalt Deutschgaliziens sein, nachdem wir durch die traurigen Wahlvorgänge in Asch unsern bisherigen unermüdlichen Sachwalter verloren haben? Wir können zweifellos beruhigt sein. Es sitzen im neuen Hause eine Anzahl hervorragender Männer von großem Einfluß, welche der deutschgalizischen Frage ihr Interesse zugewendet haben, und welche sicher nicht verfehlen werden im geeigneten Augenblicke zu unserem Schutze hervorzutreten.

Gelegenheit dazu wird es bald geben. Wie die Blätter melden, wird der neue Reichsrat sich baldigst mit der ruthenischen Universitätsfrage zu beschäftigen haben. Ministerpräsident Gautsch hat bereits mit den Führern der Ruthenen in dieser Sache verhandelt. Aber ohne die Genehmigung des Reichsrats kann weder eine ruthenische Universität gegründet noch die polnische Universität in Lemberg durch neue ruthenische Lehrstühle ausgestattet werden.

Die ruthenische Universitätsfrage hängt aber mit mehreren andern Fragen unmittelbar zusammen, vor allem mit der Frage der galizischen Landtagswahlreform. Schon seit mehreren Jahren wird ja unter dem Druck der liberalen polnischen und ruthenischen Elemente daran gearbeitet, eine neue, gerechtere Wahlordnung für den Landtag herbeizuführen.

Die Durchführung dieser Reform in der von den herrschenden polnischen Parteien gewollten Form scheiterten bisher immer an dem geschlossenen Widerstand der Ruthenen, welche eine ihrer Zahl und Bedeutung angemessene Vertretung in dem künftigen Landtag verlangten. Es besteht nun die Absicht, in der nächsten Zeit durch Verhandlungen zwischen Polen und Ruthenen, die die Regierung selbst einleiten will, endlich die Landtagswahlreform zum Abschluß zu bringen. Da ist es höchste Zeit, daß endlich auch mit Nachdruck das Recht der Deutschen Galiziens auf eine Vertretung im Landtag geltend gemacht wird. Die Polen in der Bukowina, obwohl noch nicht die Hälfte an Zahl wie die dortigen Deutschen, haben es gleichwohl durchgesetzt, daß sie im bukowinaer Landtag jetzt ebensoviel Vertreter haben, wie die Deutschen. Und die galizischen Deutschen, die an Zahl viermal so stark sind, wie die bukowinaer Polen sollten bei der Landtagswahlreform ganz an die Wand gedrückt werden? Das darf absolut nicht geschehen. Es ist die heilige Pflicht unserer deutschen Brüder in der ganzen Monarchie und vor allem ihrer gesetzlichen Vertretung im Reichsrat, hier ein ernstes Wort mitzusprechen und aufs entschiedenste zu verlangen, daß auch die Deutschen Galiziens in dem künftigen Landtag zu Wort kommen.

Es ist lächerlich, wenn man von polnischer Seite den Deutschen dieses Recht bestreiten will. Man hat darauf hingewiesen, daß mit demselben Recht wie die Deutschen in Galizien, auch die Tschechen in Wien politische Rechte beanspruchen könnten. Aber dieser Vergleich ist ganz unzulässig. Die Tschechen in Wien sind eine zugewanderte fluktuierende Bevölkerung. Sie sind auf eigene Faust nach Wien gewandert, um dort Verdienst zu suchen; man hat auch bis vor Kurzem nie etwas davon gehört, daß sie als Tschechen sich als eine besondere Nationalität in Wien gefühlt hätten. Und geradezu lächerlich wäre es, von einer kulturellen Bedeutung der Tschechen für die Entwicklung von Wien zu reden. Ganz anders steht es mit den Deutschen in Galizien. Die Deutschen leben in Galizien seit 100 Jahren als ein selbständiger nationalbewußter Volksstamm. Sie sind nicht als Hungerleider oder Brotsucher nach Galizien gekommen, sondern sie sind von der k. k. österreichischen Regierung in diesem Lande angesiedelt worden, um Kultur, Arbeit, Gewerbesleiß und deutsche Tüchtigkeit in dasselbe zu bringen. Und sie haben diesen Verursacher treulich erfüllt. Ihre kulturelle Bedeutung für Galizien ist über jeden Zweifel erhaben; und wer davon noch nichts weiß, der mag einen Blick in Professor Raimdl's epochemachendes Werk über die „Geschichte der Karpathendeutschen“ werfen, ein Werk, von welchem auch polnische Beurteiler — wie z. B. Smolski in der Nowa Reforma — anerkennen, daß es auf eingehender Quellenforschung beruht, sich durch große Sorgfalt auszeichnet und kaum seines Gleichen in der kulturhistorischen Literatur hat. — Dazu kommt weiter, daß die Deutschen in Galizien in zahlreichen — beinahe 200 — geschlossenen Kolonien wohnen, von denen der größte Teil auch selbständige politische Gemeinden bildet. Aus all diesen Gründen ist das Verlangen der Deutschen, daß ihnen, als einem in Galizien bodenständigen, durch die historische Entwicklung und seine kulturelle Bedeutung für das Land überaus wertvollen eigenartigen Bevölkerungselement eine ent-

iprechende Vertretung im Landtage gegeben werde, voll und ganz berechtigt. Und die Art, in welcher dieses Verlangen verwirklicht werden kann, ist ja schon durch den Vorgang der Bukowina vorgezeichnet. Es wäre das Einfachste, wenn auch den Deutschen Galiziens mindestens zwei Landgemeindemandate bewilligt würden. Die sämtlichen geschlossenen deutschen Siedlungen würden dann zu zwei über das ganze Land sich ausdehnende Wahlkreise zu vereinigen sein; als dritter deutscher Wahlkreis käme dann noch etwa die deutsche Stadt Biala mit Lipnik und Alzen hinzu.

Ein anderer Punkt, der hoffentlich auch bald den Reichsrat beschäftigen wird, ist die Gewährung einer Subvention für unsern deutschen Raiffeisenkassenverband. Es ist eine schreiende Ungerechtigkeit, daß die Polen diese Subventionierung bisher verhindern. Die Deutschen haben das volle Recht, als Deutsche dieselbe Unterstützung zu beanspruchen, wie sie die andern Nationalitäten haben; und sie haben vielleicht auf dem Gebiet der Landwirtschaft, wo sie die Pioniere in Galizien gewesen sind, dies Recht mehr als irgend eine andere Nationalität. Wenn die Polen immer so tun, als sei dies eine rein galizische Landesangelegenheit, so irren sie sich. Es handelt sich hier um den bekannten § 19 des Staatsgrundgesetzes, nach welchem jeder Volksstamm ein unverleßliches Recht auf Wahrung und Pflege seiner Nationalität und Sprache hat. Da den Deutschen Galiziens durch ihren Anschluß an den polnischen Raiffeisenkassenverband und die Unterstellung unter den galizischen Landesauschuß, der mit den Kassen nur in polnischer Sprache amtiert, dieses reichsgesetzlich gewährleistete Recht entzogen würde, so können und müssen sie verlangen, daß nicht nur ihr selbständiger deutscher Nationalverband von den Behörden aller Instanzen anerkannt, sondern, daß ihm dieselben Vergünstigungen gewährt werden, wie anderen Nationalverbänden.

Es gibt noch viele andere deutschgalizische Angelegenheiten, welche die deutschen Volksvertreter im Reichsrat zum Gegenstand ihrer Fürsorge zu machen hätten. Für heute wollten wir nur einmal auf diese beiden besonders brennenden Angelegenheiten hinweisen. In einem späteren Artikel gedenken wir die Schulfragen zu behandeln. Unsere Lösung in allen diesen Fragen muß bleiben: „Unentwegter Kampf um unsere Rechte — unwandelbare Treue unserem Volke!“ Und wenn wir einig und geschlossen zeigen, daß es uns bitterer Ernst ist mit unseren Forderungen, dann werden wir auch etwas erreichen.

Aus Nr. 119 des Deutschen Volksblattes für Galizien (Lemberg)

vom 28. Juli 1911:

Falkenberg.

Diese hübsche kleine Gemeinde am Fuße der Ausläufer der Karpathen, scheint der Polonisierung widerstandslos zu verfallen. Die Leute ließen sich die öffentliche Schule aufdrängen, boten der Einführung des polnischen Gottesdienstes keinen Widerstand und heute machen sich die Folgen dieser Volksvergeßlichkeit schon in unangenehmer Weise bemerkbar. Die Kinder können nicht mehr deutsch sprechen und schämen sich ihrer schwäbischen Muttersprache, die „nor for die Alte is“ während „for die Junge die polisch Sproch besser paßt, weil se a Herresproch is“. Das sind die verderblichen Erziehungsfrüchte der polnischen Schule. Kommt man nach Falkenberg, so merkt man es nur noch an den

Häusern, daß man in einer deutschen Gemeinde ist. Die Jugend spricht auf der Straße polnisch und singt polnische Lieder. In der Kirche singt Alt und Jung polnisch und das Herz tut einem weh, wenn man die blondlockigen blauäugigen Schwabenkinder, mit ihren hellen Stimmchen, die polnischen Lieder herunterleiern hört. Was soll das werden, Falkenberger? Wollt Ihr wirklich die Euren Vätern und Müttern so teuer gewesene, herrliche deutsche Sprache aufgeben? Wollt Ihr Eure guten alten deutschen Sitten von Euch werfen und Verräter an Eurer deutschen Volksseele werden? Nur der Kurzsichtige, der Schwachsinnige, greift nach dem augenblicklichen Vorteil, der Kluge blickt in die Zukunft und denkt an die Folgen seiner Handlungsweise. Ihr tut dies nicht! Sonst müßtet Ihr einsehen, daß Ihr Euren Kindern einen unermesslichen Schaden zufügt, indem Ihr sie in der polnischen Schule verdummen laßt, daß Ihr ihnen den Weg in die große Welt versperrt, der nur dem offen steht, der deutsch kann. Um alle Geistesfrüchte, die große deutsche Männer in Jahrhunderten für ihr Volk geschaffen haben, betrügt ihr Eure Kinder, denn wer nicht mehr deutsch kann, kann sich auch nicht an deutschen Büchern erbauen. Die größte Kurzsichtigkeit steckt aber in der Behauptung, die polnische Sprache sei die Herrensprache. Die Herren seid immer Ihr freien deutschen Landwirte, nicht aber jene, an denen Ihr Euch das schlechte Beispiel nehmet. Sprechet Ihr deutsch, so ist die deutsche Sprache die Herrensprache und sie wird auch von 100 Millionen Menschen gesprochen, unter denen es wirkliche „Herren“ gibt. Seid also klug, und laßt Euch Eure alte liebe deutsche Muttersprache nicht rauben. Ihr allein werdet den Schaden davon haben.

Aus Nr. 119 des Deutschen Volksblattes für Galizien (Lemberg)

vom 28. Juli 1911:

Polen und Ruthenen.

Angeichts der Gerüchte über Verhandlungen über einen polnisch-ruthenischen Ausgleich erhält die „Deutschnationale Korrespondenz“ von ukrainischer Seite folgende Mitteilungen: Man kann hier wohl nicht gut von einem Ausgleich sprechen, sondern von dem Versuch, einen „Modus vivendi“ anzubahnen. Offiziell ist in der letzten Zeit niemand an uns herangetreten. Zwei Fragen sind es, deren Lösung zur Herbeiführung eines solchen „Modus vivendi“ notwendig ist: die Universität und die galiz. Landtagswahlreform. Die erste Frage kann verfassungsgemäß nur im Reichsrat gelöst werden, während die Polen die Verhandlungen auf dem Boden des galizischen Landtages führen wollen. Die Landtagswahlreform fällt natürlich in die Kompetenz des Landtages, doch wünschen wir, daß sie in Wien vorbereitet wird, nicht durch direktes Eingreifen der Regierung, sondern indem sie etwa ihre guten Dienste anbietet; schließlich müßte ja eine solche Vorlage auch die Vorsektion der Regierung haben. Auch wären für uns Verhandlungen auf dem Boden des galizischen Landtages schwierig, weil man uns dort in der Rolle der Bittenden sehen möchte, während wir hier ein gleichberechtigter Faktor wären. Wir müssen nun abwarten, ob den in der polnischen Presse angekündigten Friedenswünschen die Tat folgen wird.